

## Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

<b>Herausgeberin/Redaktion</b> Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	<b>Inserate</b> TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@triscom.ch Internet www.triscom.ch	<b>Layout/Druck</b> NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

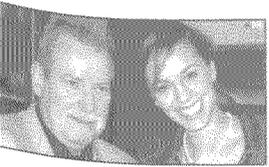
27. Jahrgang, Erscheint monatlich.

AZB  
3001 Bern

Herr  
Franz Georg Maier  
Dir. Schweiz. Landesbibliothek  
Hallwylstrasse 15  
3003 Bern

Pg 21580 su

### Inhalt



**DV Solothurn**  
FDP-Delegierte sprechen sich klar für offenen Kurs aus. **8/9**



**Rolf Schweiger**  
Der frühere FDP-Präsident meldet sich mit einer eindrücklichen Rede zurück. **10**



**Nationalbankgold nun verteilen**  
Nationalrat Gerold Bührer fordert Vorgehen nach der Bundesverfassung. **15**



**Freiheit und Verantwortung**  
Für Nationalrat Kurt Fluri entspricht das Partnerschaftsgesetz voll und ganz dem freisinnigen Grundsatz. **20**

## Weg mit der Heidi-Schweiz

### Für eine zukunftsgerichtete Schweizer Regionalpolitik

**Immer wieder hört man von Exponenten aus Wirtschaft und Politik, es würden Milliarden unnütz in die Regionen umverteilt. Die Neue Regionalpolitik des Bundes soll sich nun dieser allzu pauschalen Kritik entgegenstellen und moderne Wege zur Unterstützung wirtschaftlich bedrohter Gebiete aufzeigen.**

Von Nationalrätin Gabi Huber, Altdorf

Der Ruf klingt schon beinahe vertraut: Unterstützt werden solle nur noch, was am meisten volkswirtschaftlichen Nutzen bringt und Regionalpolitik sei nach der Abstimmung über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ohnehin überflüssig geworden.

In dieser Diskussion wird zunächst einmal oft vergessen, dass in absoluten Zahlen ausgedrückt zahlreiche Finanzströme zugunsten der Agglomerationen verlaufen. So entfielen etwa im Jahr 2003 von den Beschaffungen des Bundes im Umfang von 3,7 Mrd. Franken rund 60 Prozent auf zwei Stadtkantone. Immer wieder fällt auch auf, dass die Krankenkassenprämien und die Ausgaben zulasten der Sozialversicherungen im länd-



Gabi Huber

lichen Raum tiefer liegen als in den Städten. Es liessen sich weitere Beispiele aufzählen, aber wir wollen hier nicht kleinliche Buchhalterei betreiben. Denn eine Reduktion der Stadt-Land-Diskussion auf Finanzströme ist nicht zielführend, da sie immer in der Momentaufnahme verhaftet bleibt und letztlich nicht saldierbar ist. Klar ist, dass sowohl die ländlichen Räume wie die Agglomerationen ihre spezifischen Probleme haben. Auch haben die Agglomerationen ihre zunehmenden

«Kosten der Enge» in den letzten Jahren mit Begehren nach Bundesmitteln verbunden und damit beispielsweise im Rahmen der NFA auch (zu Recht) einen Erfolg verbucht.

#### Berggebiete wagen Neues

Aufschlussreich in diesem Zusammenhang sind auch die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der Vernehmlassung zur Neuen Regionalpolitik des Bundes. Die überwiegende Anzahl der Vernehmlasser ist der Meinung, dass das bisherige regionalpolitische Instrumentarium den heutigen und künftigen Herausforderungen nicht mehr genügt. Insbesondere wird auch von den Gebirgskantonen dem Wechsel von der reinen Ausgleichspolitik zu einem innovationsorientierten Ansatz ausdrücklich zugestimmt. Die Berggebiete weisen dafür zahlreiche Potenziale auf und sind gewillt, diese Chancen zu nutzen. Der ökonomische Denkansatz muss aber gleichwertig mit gesellschaftlichen und ökologischen Anliegen ergänzt werden. Das Berggebiet ist nämlich mehr als

blosser Komplementär- raum, bietet es doch Rohstoffe, Energie, naturnahe Nahrungsmittel, gepflegte Naherholungsgebiete, flexible Arbeitsmärkte und Leistungen von nationalem Interesse (dezentrale Besiedlung, Verkehr, Biodiversität, Tourismus). In diesem Sinne leisten alle Landesteile einen Beitrag zu Wachstum, Innovation und Wertschöpfung. Wer glaubt, man könne sämtliche Randregionen ohne jede Unterstützung in die freie Wildbahn des globalen Wettbewerbs entlassen, weiss nicht, woher er selbst kommt, und hat sich innerlich von der Willensnation Schweiz verabschiedet. Einzelne Regionen gezielt fallen zu lassen, ist keine Lösung. Vergandete und verwilderte Landschaften verringern das Tourismuspotenzial und erhöhen die Gefahr von Naturereignissen. Die Entvölkerung meines Heimatkantons zum Beispiel würde die Schweiz ganz extrem teuer zu stehen kommen, weil sich die hier durchführende wichtigste europäische Nord-Süd-Verbindung nicht

Fortsetzung auf Seite 2

## Verwahrungsinitiative – eine schwierige Aufgabe für das Departement Blocher

### FDP lehnt die Umsetzungsvorschläge ab

**Die FDP hat in der Vernehmlassung den im Herbst vorgelegten Entwurf zur gesetzlichen Umsetzung der Verwahrungsinitiative abgelehnt. Die FDP hält fest, dass die Initiative gegen anerkannte rechtsstaatliche Grundsätze verstösst, und betrachtet die im Rahmen der Strafrechtsrevision beschlossenen neuen Regelungen als zielführender.**

Von Doris Wobmann,  
Politische Sekretärin FDP  
Schweiz, Bern

Volk und Stände haben im Februar 2004 die «Verwahrungsinitiative» (neuer Art. 123a der Bundesverfassung) gutgeheissen. Da-

nach sind Sexual- und Gewaltstraftäter, die als gefährlich und untherapierbar eingestuft werden, lebenslanglich zu verwahren, und sollen keinen Hafturlaub erhalten. Eine Entlassung darf zudem nur geprüft werden, wohlverstanden, ohne diese dann zwingend auch anordnen zu müssen, wenn auf Grund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse die Heilbarkeit des Täters und damit seine künftige Ungefährlichkeit in Aussicht steht. Gutachten zur Beurteilung solcher Täter müssen immer von zwei voneinander unabhängigen Experten erstellt werden. Für Rückfälle von Personen, die aus der lebenslangen Verwahrung entlassen werden, soll die Behörde haften, welche

die Verwahrung aufgehoben hat.

Das zuständige Justiz- und Polizeidepartement von Bundesrat Christoph Blocher hat im Herbst 2004 einen Bericht und Vorentwurf zur notwendigen gesetzlichen Umsetzung dieser Verfassungsbestimmung in die Vernehmlassung gegeben. Die FDP Schweiz hat in ihrer Stellungnahme vom 15. Dezember 2004 den Vorentwurf abgelehnt. Die Gründe für die Ablehnung sind auch heute im Wesentlichen dieselben, die bereits zur ablehnenden Abstimmungsparole der FDP Schweiz geführt hatten.

#### Verstoss gegen EMRK

Die Verwahrungsinitiative verstösst einerseits gegen

die durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschützten Minimalrechte eines Straftäters. Insbesondere die Feststellung der lebenslanglichen «Nicht-Therapierbarkeit» im Zeitpunkt des Strafurteils, verbunden mit dem Abschluss einer regelmässigen Haftüberprüfung ausser bei Vorliegen von «neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen» verstossen gegen anerkannte rechtsstaatliche Grundsätze. Andererseits wird auf die beizuziehenden Sachverständigen ein beinahe unzumutbarer Druck ausgeübt, weil sie im Zeitpunkt des Strafurteils über den Rest des Lebens eines Verurteilten zu entscheiden haben. Ob jemand in der Praxis diese Verantwortung übernehmen kann, wagen wir zu bezweifeln. Die Folge davon wäre, dass die gesetzlichen Regelungen der Verwahrungsinitiative toter Buchstabe blieben und damit sogar das unbestrittene Ziel der Initiative, die Gesellschaft besser vor gefährlichen Straftätern zu schützen, gefährdet würde. Im Weiteren ist die FDP der Ansicht, dass die mit der Strafrechtsrevision vom Dezember 2002 beschlossenen neuen Regelungen im Bereich der Verwahrung und der weiteren Behandlung von gefährlichen Straftätern den Zielen eines konsequent durchsetzbaren Strafrechts unter Wahrung der

ebenfalls zu beachtenden Grundrechte dem Schutz der Gesellschaft und der Glaubwürdigkeit der Justiz besser und umfassender zu genügen vermögen.

#### Strafrechtsrevision führt weiter

Der menschliche Geist, sei er im Positiven oder im Negativen genutzt, lässt sich durch Gesetze nicht in allen Fällen nach den gesellschaftlich anerkannten Regeln «regulieren». Diese Unzulänglichkeiten unserer Rechtsordnung können wir nicht ändern. Mit der Verwahrungsinitiative lässt sich das unbestrittene Ziel des möglichst umfassenden Schutzes unserer Gesellschaft aber nicht realisieren, ohne fundamentale Grundsätze derselben zu schützenden Rechtsordnung massiv zu verletzen. Diesen Konflikt wird das zuständige Departement Blocher zu lösen haben, um dem klar geäusserten Volkswillen Rechnung zu tragen. Mit der baldmöglichen Inkraftsetzung der bereits vorhandenen umfassenden strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz der Gesellschaft und der konsequenten Anwendung des Rechts wird dieses Ziel praktikabel und für alle Beteiligten in zumutbarer Weise besser zu verwirklichen sein. ■

#### Fortsetzung von Seite 1

verlegen lässt. Die gezielte Aufgabe von Teilräumen führt umgekehrt zu einer stärkeren Konzentration auf andere Räume mit den entsprechenden negativen Effekten.

#### NFA ist Basis

Grundlage der Regionalpolitik bildet die Bundesverfassung. Wer sich daran orientiert, erkennt, dass die Regionalpolitik in erster Linie für die wirtschaftlich bedrohten Gebiete konzipiert ist. Die Regionalpolitik des Bundes ist

eine wichtige Ergänzung zur allgemeinen Wirtschaftspolitik und zu sämtlichen Sektoralpolitiken. Gerade die NFA macht die Regionalpolitik nicht überflüssig. Vielmehr ist sie zusammen mit einer kohärenten Grundversorgungspolitik unabdingbare Voraussetzung einer wirklich neuen Regionalpolitik. Nebenbei sei bemerkt, dass die Kantone die Mittel aus dem Ressourcenausgleich der NFA in erster Linie für die von ihnen zu übernehmenden Aufgaben werden einsetzen müssen. Bei den elf Aufgabenbereichen, die

neu in die alleinige Kantonskompetenz fallen, ist realistischerweise nämlich nur gerade in drei Bereichen ein Rückzug der Kantone aus der Aufgabe denkbar.

Ziel einer modernen Regionalpolitik muss eine verstärkte Koordination der Sektoralpolitiken sein. Es ist höchste Zeit für eine integrierte, fachübergreifende Sichtweise, welche auch die Beziehungen zwischen Stadt und Land einbezieht. Denn nur gemeinsam können die anstehenden Probleme gelöst werden. ■

# Freiwilligenarbeit fördern statt ignorieren...

... denn sie ist nicht nur unbezahlt, sondern auch unbezahlbar!

Was haben der Fussballclub, die Baukommission, die Spitalbibliothek und das Dorffest gemeinsam? Ganz einfach: Sie alle existieren nur dank dem unbezahlten freiwilligen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Freiwilligenarbeit ist wichtig für den Staat und für unsere Gesellschaft. Sie stärkt den Zusammenhalt unter den Menschen und bereichert unser Land.

Von Christa Markwalder Bär,  
Nationalrätin jf./FDP,  
Burgdorf



Christa Markwalder

Die FDP hat dies schon lange erkannt und forderte nach einer Fachtagung im Juni 2003: Die Schweiz braucht mehr Bürgerengagement!

Erst seit dem Jahr 2000 verfügen wir dank der Volkszählung und der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) über statistisches Datenmaterial zur Freiwilligenarbeit. So wurde beispielsweise erhoben, dass jede vierte Person ab 15 Jahren in der Schweiz mindestens eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübt. Interessanterweise engagieren sich nicht in erster Linie diejenigen Personen, die über relativ viel freie Zeit verfügen, sondern vor allem Personen, die auf Grund ihres Alters, ihrer Bildung oder ihrer Familien- und Erwerbssituation gute Qualifikationen mitbringen. Freiwillig Tätige wenden pro

Monat rund 14 Stunden für institutionalisierte Freiwilligenarbeit auf (in Vereinen und Organisationen) und 18 Stunden für informelle Freiwilligenarbeit (Nachbarschaftshilfe, fremde Kinder hüten, Transportdienste usw.).

## Gesellschaft funktioniert nur dank Freiwilligenarbeit

Eine ökonomische Bewertung der Freiwilligenarbeit führt je nach Berechnungsmodell zu Zahlen, bei denen man sich die Augen reibt: Nach der Marktkostenmethode beträgt der Wert der unbezahlten Arbeit in der Schweiz rund 215 Mrd. Franken (58% des BIP), gemäss dem Opportunitätskostenansatz – also mit potentiellen Marktlöhnen verglichen – wird der Wert der unbe-

zahlten Arbeit auf gegen 140 Mrd. beziffert, was 37,5 % des BIP entspricht. Darin ist allerdings der Anteil von Haus- und Familienarbeit mit einberechnet. Geht man von der etablierten Definition aus, dass Freiwilligenarbeit die Gesamtheit aller Aktivitäten ausserhalb des Haushalts ist, welche Güter und Dienstleistungen ausserhalb vom Markt produziert, entspricht sie gemäss den Berechnungen aus dem Jahr 1997 einem Geldwert von gegen CHF 20 Mrd.

Die monetäre Bewertung der Freiwilligenarbeit greift für die Schätzung ihrer Bedeutung für unsere Gesellschaft und für den Staat aber wesentlich zu kurz. Freiwilligenarbeit ist nicht nur unbezahlt, sondern auch unbezahlbar. Wird sie nicht mehr geleistet, explo-

diert auf der einen Seite der Staatshaushalt, und auf der anderen Seite verarmt unsere zivile Gesellschaft. Sportvereine und kulturelle Anlässe würden weitgehend verschwinden, unser Sozialsystem würde aus den Fugen geraten und das politische Milizsystem würde schlicht und einfach zusammenbrechen.

Der letzten November erschienene Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz zeigt verschiedenste Lösungsansätze auf, wie Freiwilligenarbeit seitens des Staates, der Arbeitgeber und der Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, besser gefördert werden kann. Die Empfehlungen reichen von der Schaffung von Rechtsgrundlagen über eine institutionelle Besserstellung bis hin zu monetären Anreizen mittels Steuerabzug und AHV-Bonus. Letztere Möglichkeiten wurden in der Dachorganisation Forum Freiwilligenarbeit intensiv diskutiert und schliesslich nicht als tauglich befunden. Die Motivation der Freiwilligenarbeit besteht ja geradezu darin, ohne Erwartung einer finanziellen Gegenleistung einen Beitrag an die Gemeinschaft zu leisten und dabei Schlüsselkompetenzen zu erwerben. Die Entlohnung kann – wenn sie gering ausfällt – die Motivation sogar bremsen anstatt fördern, wie wissenschaftliche Arbeiten belegen. Ausser Diskussion steht aber die Vergütung von Aufwendungen und

Spesen, die im Rahmen von freiwilligen Engagements entstehen. Zudem ist der Sozialzeitausweis ein wichtiges Instrument zur Anerkennung der Freiwilligenarbeit.

## Bundesrat verkennt Wichtigkeit

Der Bundesrat hat den neu erschienenen Bericht zur Freiwilligenarbeit mit bedauerlicher Ignoranz zur Kenntnis genommen. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation sei mit keiner weitergehenden Unterstützung der Freiwilligenarbeit zu rechnen. Die Regierung verkennt dabei völlig, dass der Wert der Freiwilligenarbeit in der Schweiz niemals monetär abgegolten werden kann und dass sich Investitionen in bessere Rahmenbedingungen für unbezahlte Arbeit gesellschaftlich und wirtschaftlich weit mehr auszahlen als in jedem anderen Bereich.

Damit wir auch in Zukunft die politischen Ämter auf Gemeindeebene mit exzellenten Personen besetzen können, funktionierende Sportvereine haben, vielfältige kulturelle Anlässe durchführen können und unsere alternde Gesellschaft vom Engagement von Freiwilligen profitiert, muss die Schweiz unbezahlte Arbeit fördern anstatt die vielen Idealistinnen und Idealisten zu desillusionieren. ■

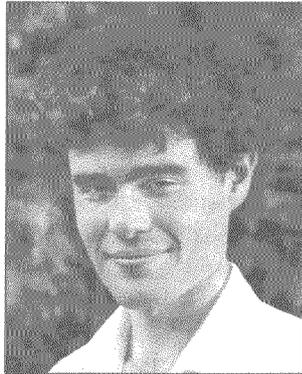
Weitere Informationen:  
[www.forum-freiwilligenarbeit.ch](http://www.forum-freiwilligenarbeit.ch)

## Die Pensionskasse des Bundes

### Hintergründe zur bevorstehenden Totalrevision

**Die Pensionskasse des Bundes entwickelt sich von einer pflegebedürftigen Patientin schrittweise zu einer kerngesunden Vorsorgeeinrichtung. Wie sieht der Genesungsvorgang im Detail aus und was kostet er die Steuerzahler?**

Von Emmanuel Ullmann,  
Mitglied der FDP Basel,  
Ökonom im  
Eidgenössischen  
Personalamt\*



Emmanuel Ullmann

In den 1990er Jahren zeigte sich, dass die Probleme bei der Pensionskasse des Bundes (PKB) dringend angegangen werden mussten. Zuletzt konnte die Rechnung von der Eidgenössischen Finanzkontrolle nicht mehr abgenommen werden. Die Dossiers der rund 150 000 Versicherten waren so lückenhaft, dass sie in der Folge einzeln nachgeprüft werden mussten. Dies veranlasste Nationalrat Peter Hess (CVP), die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Abklärung von Organisations- und Führungsproblemen bei der Eidgenössischen Versicherungskasse (EVK) zu verlangen. Mitunterzeichner der parlamentarischen Initiative war notabene auch der damalige Walliser Nationalrat Pascal Couchepin. In ihrem Bericht monierte die PUK die Missstände und empfahl unter anderem, die Organisationsform der EVK zu än-

dern. Mit der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Pensionskasse des Bundes (PKB-Gesetz) auf den 1. März 2001 hat der Bundesrat diese Empfehlung umgesetzt, so dass Mitte 2003 der Übertritt der Versicherten der PKB zu PUBLICA stattfinden konnte.

#### **PUBLICA kostet**

Die Migration zu PUBLICA brachte für den Bund allerdings eine grosse finanzielle Verpflichtung mit sich. Einerseits verlangte die Bilanzierung in geschlossener Kasse eine sofortige Bezahlung aller ausstehenden Arbeitgeberbeiträge, welche sich seit 1921 auf 7 Milliarden Franken aufsummiert hatten. Andererseits entstanden wegen der ungünstigen Börsenlage Anlageverluste in Höhe von knapp 5 Milliarden, welche ebenfalls ausfinanziert werden mussten. Es zeigte sich auch, dass die gesetzlichen Grundlagen Mängel und Lücken aufweisen, die einer nachhaltigen Konsolidierung von PUBLICA im Weg stehen. Beispiels-

weise wurde bei den vorzeitigen Pensionierungen seit 1988 auf der Basis eines versicherungstechnischen Rücktrittsalters von 63,5 Jahren geplant. Effektiv liegt das durchschnittliche Rücktrittsalter in der Bundesverwaltung heute aber bei 61,4 Jahren, was ein jährliches Loch von rund 60–90 Millionen Franken in der Kasse verursacht.

#### **Hin zum Beitragsprimat**

Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Pensionskassengesetzes überwiesen die Parlamentarier eine Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates, welche bis spätestens Ende 2006 eine Totalrevision des PKB-Gesetzes vorzulegen verlangt, welche für die Altersleistungen eine Vorsorgeordnung nach dem Beitragsprimat vorsieht. Somit war von Anfang an klar, dass das PKB-Gesetz in seiner heutigen Form ein Übergangsgesetz bis zur Umstellung auf das Beitragsprimat sein sollte. Im August 2004 beschloss der Bundesrat, die Totalrevision zu beschleunigen, so dass die Umstellung auf das Beitragsprimat bereits Ende 2006 (statt 2008) umgesetzt werden kann. Zusätzlich drängte sich in Anbetracht der Finanzlage des Bundes eine dringliche Teilrevision auf, damit den Anforderungen der Schuldenbremse genügt werden kann. Die Teilrevision ersetzt beispielsweise den garantierten Teuerungs-

ausgleich von 50% auf den Renten durch eine Kann-Bestimmung, was dem Bund wiederkehrend jährlich 54 Millionen Franken an zusätzlicher Ersparnis einbringen soll.

#### **Zukunftsaussichten**

Das neue Vorsorgemodell soll, ohne ein verbindliches Leistungsversprechen abzugeben, im Normalfall auf das 65. Altersjahr (bis jetzt 62. Altersjahr) hin durchschnittlich zu gleichen Leistungen führen, wie sie heute bezogen werden können. Es ist vorgesehen, dass der Bund unter dem Beitragsprimat bei tieferem technischem Zins (3,5%) auch in Zukunft Arbeitgeberbeiträge in gleichem Umfang wie bisher in die berufliche Vorsorge einzahlen soll.

Im Weiteren sollen die vom Gesetz zugelassenen Flexibilität in vollem Umfang ausgenutzt werden. So ist geplant, dass alle einbezahlten Beiträge rentenbildend sind. Es soll möglich sein, mit entsprechenden versicherungstechnischen Rentenkürzungen, eine für Kasse und Arbeitgeber kostenneutrale vorzeitige Pensionierung zwischen dem 60. und 65. Altersjahr

vorzunehmen. Jedoch soll man auch bis zum 70. Altersjahr arbeiten können. Schliesslich ist geplant, mindestens drei nach Lohnklassen unterteilte Vorsorgepläne zu schaffen sowie individuelle Sparmöglichkeiten innerhalb dieser Pläne anzubieten. Damit werden die Reglementsbestimmungen einer liberalen Denkweise gerecht. Das Parlament wird über das totalrevidierte Pensionskassengesetz voraussichtlich in der Sommersession 2005 beraten.

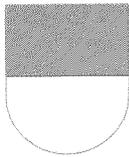
\* *Der Inhalt dieses Artikels gibt die persönliche Meinung des Verfassers wieder und nicht zwingend jene des Eidgenössischen Personalamtes.*

# FDP

**Freisinnig-Demokratische Partei**

## Aargau / Solothurn

### Richtungsweisende Wahlen



Im Aargau und in Solothurn werden am 27. Februar die Kantonsparlamente neu gewählt. Beiden Kantonen ist eigen, dass dies die ersten Wahlen in verkleinerte Legislativen sind. Der Aargauer Grosse Rat wurde

nach Annahme einer FDP-Volksinitiative von 200 auf 140 Mitglieder reduziert, und im Solothurner Kantonsrat sind statt 144 neu noch 100 Sitze zu vergeben.

Die FDP Aargau und die FdP Solothurn sind sich dieser speziellen Ausgangslage bewusst und steigen mit sehr gut besetzten Listen in den Wahlkampf. Der Solothurner Kantonalpräsident Ruedi Nützi streicht denn auch in der Dezember-Ausgabe des «Solothurner Freisinn» heraus, dass trotz der angeblich vorherrschenden Politikflaute 97 hochkarätige Kandidatinnen und Kandidaten gefunden werden konnten. Edith Haller, Sekretärin der Aargauer Freisinnigen, ist ebenfalls überzeugt: «Wir werden mit der neuen Ausgangslage unseren Wähleranteil steigern und mindestens auf 30 freisinnige Sitze kommen.»

Der «Schweizer Freisinn» freut sich, in der April-Ausgabe über FDP-Wahlerfolge im Mittelland berichten zu können!

## Obwalden

### Neuer Kantonalsekretär



Der neue Sekretär der FDP Obwalden heisst Lukas Küng. Der 29-jährige Rechtsanwalt aus

Alpnach hat das Amt auf den 1. Januar 2005 von Beat Spichtig übernommen. Der «Schweizer Freisinn» wünscht Lukas Küng alles Gute in seiner neuen Aufgabe!



## Bern

### Nur FDP denkt an Steuerzahler



Die Berner FDP ist nach der Nein-Parole der SVP-Delegierten zur Steuersenkungsinitiative die definitiv

einzigste Partei im Kanton, die sich für das Wohl der Steuerzahler einsetzt. Die von den Freisinnigen lancierte Initiative hat zum Ziel, den Kanton Bern mit einer Steuersenkung um fünf Prozent endlich wieder zu einem wettbewerbsfähigen

Standort zu machen. Mit ihrem Nein hat sich eine Mehrheit der SVP-Delegierten als Etatisten geoutet. Somit legt sich die SVP in einer unheiligen Allianz zur SP ins Bett. Gemeinsam schlafen sie dort den Schlaf der Verteidiger ihrer Subventionsempfänger. Da können moderne und zukunftsorientiert politisierende Bürgerliche nur wünschen: Angenehme Ruhe!

## Graubünden

### Davoser Turm bauen



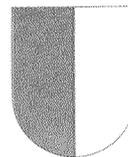
Die Geschäftsleitung der FDP Graubünden nimmt mit Befremden davon Kenntnis, dass die Stiftung für

Landschaftsschutz Schweiz gegen den Bau des Turm-Projektes auf der Schatzalp Beschwerde beim Regierungsrat des Kantons Graubünden erhoben hat. Dies, nachdem die Davoser Stimmberechtigten Ende Oktober dem Sondernutzungsperimeter Schatzalp für den Bau eines Turms zuge-

stimmt hatten. Ein weiteres Mal wird mit dem Verbandsbeschwerderecht versucht, ein innovatives Projekt im Keim zu ersticken oder zumindest zu verzögern. Dieses Vorgehen zeigt gemäss den Graubündner Freisinnigen mit aller Deutlichkeit, dass das Recht angepasst und die entsprechende, von mehreren FDP-Kantonalparteien lancierte Volksinitiative unterschrieben werden muss. ■

## Luzern

### Junger Ortsparteipräsident



Jugendlicher Schwung in der FDP Littau-Reussbühl: Seit November steht der viertgrössten Lu-

zerner Gemeinde mit dem 22-jährigen Armin Camenzind der jüngste Ortsparteipräsident des Kantons, wenn nicht gar der ganzen Schweiz vor. Der Reallehrer ist neben seiner neuen Aufgabe seit gut zwei Jahren auch Vorstandsmitglied der jungfreisinnigen schweiz. Der «Schweizer Freisinn» wünscht dem engagierten Armin Camenzind in seinem Amt alles Gute!



Anzeige

Recht verstehen...

*Ihr Weg  
zum Recht.*

www.binderlegal.ch  
T 056 204 02 00  
T 062 832 10 50

**Binder**  
rechtsanwälte

## Globalisierung gehört auf die Traktandenliste

Im Umfeld des WEF: Die Schweiz ist herausgefordert

**Nach dem Zusammenbruch der Proteste droht die Globalisierung ganz von der politischen Traktandenliste zu verschwinden. Zu Unrecht: Die Folgen für die Schwellenländer sind ebenso erfreulich wie herausfordernd für die Schweiz. Reformpolitik sollte auch unter diesem Aspekt beleuchtet werden. Die Schweiz droht – wenn sie ihre Hausaufgaben nicht macht – im Standortwettbewerb noch weiter zurückzufallen.**

Von FDP-Generalsekretär  
Guido Schommer, Bern

Die offiziellen Demonstrationen in Chur und in Winterthur gegen das Weltwirtschaftsforum von Davos fanden keinen Widerhall bei den Demonstranten mehr. Die Demo in Bern musste angesichts eines drohenden Fiaskos von den Organisatoren gar abgesagt werden. Vor wenigen Jahren noch vermutete man bei den sogenannten «Globalisierungsgegnern» eine neue, breit um sich greifende junge politische Bewegung – und jetzt der jähe Zusammenbruch. Warum das?

### Globalisierung ist Tatsache, nicht Option

Einer der Hauptgründe mag darin liegen, dass mehr und mehr Menschen erkennen, dass die viel gescholtene Globalisierung nicht eine wählbare politische Option darstellt, sondern in vielen Lebensbereichen zur Realität von Millionen geworden ist. Die Globalisierung beschränkt sich nicht auf das rein Wirtschaftliche, sondern beschlägt – auch das hat der Tsunami in aller Dramatik vor die Augen geführt – die individuellen Ferienoptio-

nen, den kommunikativen Austausch via Internet, die Forschungsgemeinschaft, das Firmeninterne usw. Globalisierung ist aus dieser Optik eine hervorragende Errungenschaft unserer modernen Gesellschaft.

### Wissen als Motor für die Entwicklung

Einer der grössten Widersprüche der sogenannten Globalisierungsgegner und deren Netzwerke (attac usw.) bestand immer darin, dass ihre Mobilisierungskraft insbesondere via die globalisierten Informationstechnologien zustande kam. Dieselben Mittel führten aber auch – zusammen mit anderen international empfangbaren Medien – dazu, dass sich die Information über die freie Welt, über Wohlstand und die Wege dazu ebenso rasant verbreitete. Die Direktinvestitionen in Schwellenländern haben dort nicht zu Armut, sondern zu Arbeitsplätzen und zu Familieneinkommen geführt. Die Präsenz internationaler Konzerne und von weltweitem Handel hat den Ruf – auch in diesen Ländern – nach qualifizierten Arbeitskräften lauter werden lassen. Einige Regie-



Guido Schommer

rungen in Lateinamerika und in Asien haben begriffen, dass der Weg zum Wohlstand über Wissen und Bildung führt und investieren entsprechend in die Qualifizierung ihrer jungen Leute.

### Öffnung und Wettbewerb statt Abschottung und Regulierung

Ob all dieser positiven Begleiterscheinungen und Folgen der Globalisierung darf nicht in Vergessenheit geraten, dass es nach wie vor sehr viel Armut, Hunger und Elend gibt. Diese Phänomene bestehen aber nicht infolge, sondern trotz der Globalisierung. Wie sollten aber die betroffenen Staaten eine Sozialpolitik betreiben, ohne dass sie aus wertschöpfendem Handel und Industrie entsprechende Steuermittel

generieren können? Wie sollen die ärmsten Staaten dieser Erde ihren Bürgern umfassende Volksschulen, Weiterbildungen, soziale Standards, Gesundheitssysteme usw. anbieten können, ohne dass sie exportieren und damit harte Währung ins Land fliessen lassen? Selbstverständlich darf die internationale Gemeinschaft bei der Entwicklungshilfe nicht knausern. Sie sollte aber ebenso stark auf die wirtschaftlichen Aussenbeziehungen und Rahmenbedingungen für die ärmsten Länder achten. Auch diesen Staaten und ihren Einwohnern wird Freihandel und nicht Abschottung relativen Wohlstand bringen. Auch diesen Staaten und ihren Bürgern wird Wettbewerb vom agrarischen über den industriellen bis zum dienstleistenden Sektor

und nicht Regulierung relativen Wohlstand bringen.

### Hausaufgaben: Beschleunigtes Reformtempo nötig

Die Globalisierung trägt Früchte, und diese werden sichtbar. Die zunehmende Qualifizierung der Millionenheere junger Menschen in den Schwellenländern hat aber auch eine andere Seite: Der alten Welt – insbesondere dem immer älter werdenden Europa und damit auch der Schweiz – steht eine gewaltige Herausforderung bevor. Die aufstrebenden Staaten werden zu Wettbewerbern um die Standortgunst, zu Konkurrenten um Arbeitsplätze, um Forschungsinstitutionen, um Innovation und Kreativität. Noch hat die Schweiz Vorteile auf Grund ihrer Geschichte und auf Grund der kulturellen Mitprägung dieser modernen internationalen Gesellschaftsform. Allerdings werden im Wissens-, Infrastruktur-, Steuer- und Standortwettbewerb die Massstäbe in wenigen Jahren von ganz andern Staaten gesetzt werden. Diese Herausforderung zu bestehen, können wir nicht der Globalisierung delegieren. Hier gilt es, die Hausaufgaben der Reformpolitik zu erledigen, bevor wir abgehängt werden. ■

# Bilaterale – Personenfreizügigkeit

*Das Positive überwiegt deutlich*

**Die Schweizer Exportwirtschaft ist auf die bilateralen Verträge mit der EU angewiesen. Ohne Personenfreizügigkeit ist der Produktionsstandort Schweiz längerfristig gefährdet.**

Von Nationalrat Johann  
N. Schneider-Ammann,  
Langenthal

Die Schweiz ist ein Exportland. Jeden zweiten Franken verdienen wir direkt oder indirekt mit dem Ausland. Die Arbeitsplätze in diesem Land sind nur dann zu halten, wenn die Exportlokomotive zieht. Diese Lokomotive, die Exportwirtschaft, ist zwingend auf die bilateralen Verträge mit der EU angewiesen – insbesondere auch auf das Personenfreizügigkeitsabkommen. Damit die Binnenwirtschaft der wirtschaftspolitischen Öffnung zustimmen kann, haben sich die Sozialpartner auf flankierende Massnahmen verständigt, die einerseits Missbrauch, Willkür und Dumping verhindern und andererseits ermöglichen, dass wir in der Schweiz weiterhin zu Bedingungen arbeiten können, die nicht von vornherein jede internationale Konkurrenzfähigkeit der Aussenwirtschaft in Frage stellen.

## Schweiz im Wettbewerb

Der internationale Wettbewerb ist hart. Die internationalen Märkte sind nicht auf Schweizer Produkte an-



Johann N. Schneider-Ammann

gewiesen, wir aber auf die internationalen Abnehmermärkte, wenn wir in diesem Land noch wertschöpfend tätig bleiben wollen – und das wollen wir! Die Schweizer Maschinenindustrie ist zu drei Vierteln eine Exportindustrie und trägt mit rund vierzig Prozent zum Aussenwirtschaftsvolumen dieses Landes bei. Sie beschäftigt in diesem Land 300 000 Personen, Tendenz leider sinkend. Wenn wir wollen, dass unsere Industrie am Standort Schweiz investiert – und nur, wenn sie investiert, bleibt sie auch konkurrenzfähig –, dann dürfen wir

ein Paket bilden und weil die EU für die neu dazu gekommenen Länder nur die Verträge und Bedingungen anbieten kann, die sie mit den bisherigen Mitgliedern bereits vereinbart hat, müssen wir entscheiden, ob wir den bilateralen Weg weiter beschreiten wollen oder nicht. Für mich gibt es keine Alternative zu diesem Weg. Also will ich das Personenfreizügigkeitsabkommen unter Dach und Fach haben, und die flankierenden Massnahmen gehören dazu.

## Weniger Regeln sind mehr

Grösster Streitpunkt ist die Allgemeinverbindlichkeitsklärung. Wer die Arbeitsplätze wirklich in der Schweiz halten will, sorgt dafür, dass die Firmen mit ihren Produkten konkurrenzfähig sind. Unsere Konkurrenten kommen mehr und mehr aus aufstrebenden Tiefstkostensländern. Je weniger wir also mit allgemeiner Verbindlichkeit, mit einem Ein-

heitskorsett, auskommen, desto grösser sind die Marktchancen der Firmen. Die Konsequenz daraus: Wir sind konkurrenzfähig, wir sichern die Arbeitsplätze, und wir brauchen die Allgemeinverbindlichkeit möglichst wenig. Wir haben aber auch dafür zu sorgen, dass kein Missbrauch von Gesetzen und Vorschriften stattfindet. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung wird nämlich im Missbrauchsfall die Falschen strafen, die falschen Arbeitnehmenden, aber auch die falschen Arbeitgeber, nämlich diejenigen, die im Markt um ihre Brötchen kämpfen. Der beste Arbeitnehmerschutz ist somit die Konkurrenzfähigkeit der Firmen und die korrekte Firmenführung. Vor diesem Hintergrund ist die Personenfreizügigkeit zu befürworten und die Kröte der zugegebenermassen weit gehenden flankierenden Massnahmen zu schlucken. ■

## Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Sie ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform.

### Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Es

besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Es werden ausschliesslich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

### Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», z. H. Herrn Nico Zila, Postfach 6136, 3001 Bern, zila@fdp.ch

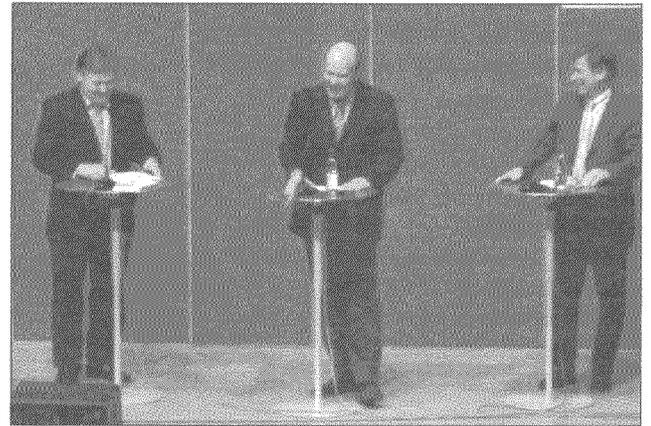
## Klares Bekenntnis zu einer offenen Schweiz

### FDP-Delegierte unterstützen Personenfreizügigkeit und Bilaterale II

An der Delegiertenversammlung in Solothurn beschäftigten sich die anwesenden Freisinnigen hauptsächlich mit europapolitischen Fragen. Die Delegierten sprachen sich dabei sehr deutlich für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Staaten und für das Paket der Bilateralen Abkommen II aus. Mit diesen Entscheiden festigt die FDP ihre Position als einzige konsequent wirtschaftsfreundliche Partei in der Schweiz.



Podium zur Personenfreizügigkeit: SVP-Nationalrat Hans Kaufmann (contra), Andreas Toggweiler («Solothurner Zeitung») und Nationalrat Werner Messmer (pro).

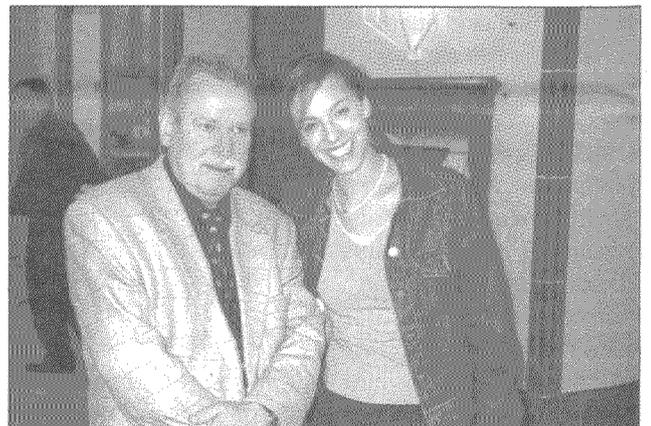


Lieferten sich einen informativen und unterhaltsamen Schlagabtausch zu Schengen/Dublin: SVP-Nationalrat Hans Fehr (contra), Michael Hug («Solothurner Tagblatt») und Nationalrat Gerold Bührer (pro).

Gleich nach der Begrüssungsansprache des Solothurner Regierungsrates und FDP-Schweiz-Geschäftsleitungsmitglieds Christian Wanner stimmte Interimspräsidentin Marianne Kleiner die Delegierten auf die im Anschluss zu behandelnden Themen ein. Mit Bezug auf das Nein der SVP-Delegierten zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit machte Kleiner klar: «Wir wollen selbstbewusst in Europa auftreten und uns nicht abschnitten und ängstlich in ein Schneckenhaus verkriechen. Die SVP will eine Mauer um unser Land aufbauen und nennt das Patriotismus. Ich nenne es Engstirnigkeit, fehlendes Selbstvertrauen und Ausbeutung der Angst vor dem Fremden.»



Regina Ammann Schoch vertritt die Positionen der FDP-Frauen auf kämpferische Weise.



Erwin Aebischer und Leila Serrat vom Generalsekretariat freuten sich über die gut besuchte Delegiertenversammlung.



Konrad Hurni, Geschäftsführer der FDP des Kantons Zürich, und Philippe Nantermod von den jungfreisinnigen wallis sammelten erfolgreich Unterschriften für die Verbandsbeschwerderechtsinitiative.



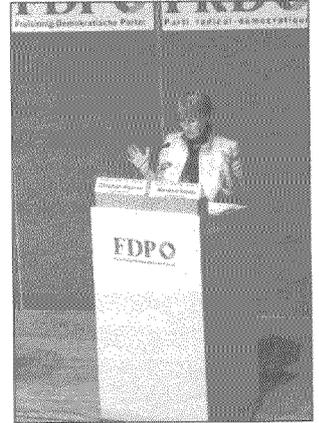
Scheinen mit den gefassten Parolen zufrieden zu sein: Martin Hirschi, alt Bezirkspräsident von Pfäffikon ZH, und Vize-Fraktionschef Felix Gutzwiller.



Luzerner Gipfeltreffen in Solothurn: Kantonalsekretär Othmar Wüest, der Littauer FDP-Präsident Armin Camenzind und Kantonalpräsident Herbert Widmer im angeregten Gespräch.



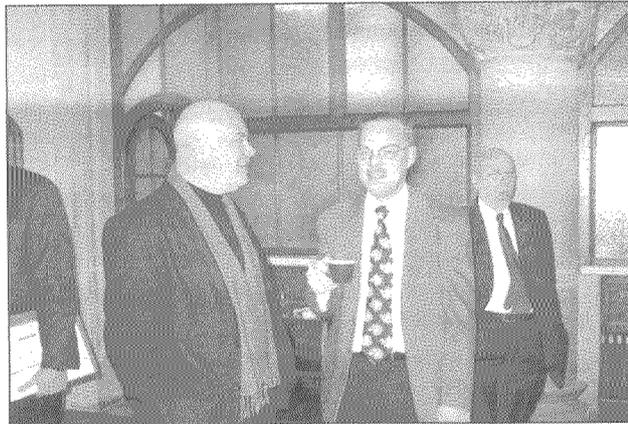
Präsidiatskandidat Georges Theiler im Gespräch mit Aargauer Freisinnigen: (v. l. n. r.) Kantonalpräsident Herbert Scholl, Nationalrätin Christine Egerszegi und Grossrat Daniel Heller.



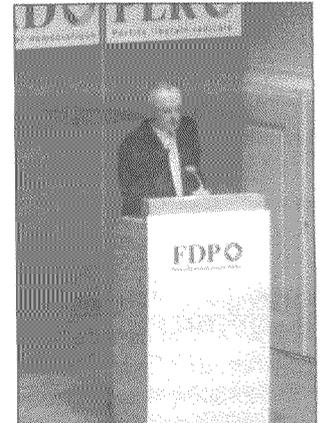
Interimspräsidentin Marianne Kleiner ist von der Notwendigkeit der Bilateralen Verträge überzeugt.



Der Solothurner Nationalrat Ruedi Steiner und FDP-Pressechef Christian Weber nutzen die Gelegenheit zu einem politischen Schwatz.



Die Solothurner Delegierten Rolf Zysset (links) und Beat Leimgruber diskutierten die freisinnige Europapolitik.



Für Nationalrat Charles Favre bringt die Personenfreizügigkeit einige Vorteile.

dem Nationalrat Charles Favre (VD) gewohnt wortgewandt in das Thema eingewandt hatte, gelang es dem Thurgauer Volksvertreter Werner Messmer dank einem kämpferischen Auftritt, die Delegierten von seinem Standpunkt zu überzeugen. SVP-Nationalrat Hans Kaufmann (ZH) hatte neben Messmer einen schweren Stand. Das Resultat der Parolenfassung, 253 Ja gegen nur 1 Nein, spricht

Bände. Nach der Mittagspause nahm Bundesrat Hans-Rudolf Merz eine politische Würdigung der Bilateralen Verträge mit der EU vor. Der bilaterale Weg ermögliche es der Schweiz, ihre Gesamtinteressen zu wahren, und er garantiere Handlungsfreiheiten und Selbstbestimmung. Mauern hingegen hätten in der Weltgeschichte stets das Gegenteil dessen bewirkt, wofür sie errichtet worden seien; nämlich weniger

Freiheit und Eigenständigkeit.

Als Fachfrau aus einem Grenzkanton war es der Baselbieter Justizdirektorin Sabine Pegoraro vorbehalten, die Delegierten über die konkreten Auswirkungen des Schengen-Dublin-Vertragspakets zu informieren. In einer äußerst lebhaften Podiumsdiskussion duellierten sich anschliessend die Nationalräte Gerold Bührer (SH) und Hans Fehr (SVP, ZH)

zum zweiten Hauptthema der Versammlung. Auch bei dieser Parolenfassung folgten die Delegierten ihrem Vertreter. Mit 219:4 Stimmen empfehlen sie ein Ja zu Schengen und Dublin. Gar ohne eine einzige Gegenstimme votierte die Versammlung schliesslich für die übrigen Verträge der Bilateralen II. ■

## Erfolg und Niederlage

«Der Sieg hat viele Väter, die Niederlage aber ist eine Waise.»

John F. Kennedy,  
35. US-Präsident  
(1917–1963)

## Welcome back, Rolf Schweiger!

*Unser früherer Präsident ist wieder voll im politischen Element*

Mit einer eindrucklichen Rede hat sich Ständerat Rolf Schweiger in Solothurn bei den FDP-Delegierten zurückgemeldet. In bewundernswerter Offenheit erzählte er von den schweren und oft dunklen Wochen seiner Krankheit. Die Delegierten hatten sichtlich Freude, Rolf Schweiger wieder in alter Form und mit wiedergewonnenem Schalk unter sich begrüßen zu dürfen.



Ständerat Rolf Schweiger berichtet den Delegierten mit beeindruckender Offenheit von seinen letzten, oft nicht einfachen Monaten.

Nachdem der Zuger Ständerat Rolf Schweiger das Präsidium der FDP Schweiz im vergangenen November nach nur sechsmonatiger Amtszeit aus gesundheitlichen Gründen hatte abgeben müssen, meldete er sich an der Delegiertenversammlung in Solothurn auf der politischen Bühne zurück. Seine persönlichen Worte verhallten denn auch nicht ungehört.

«Ich stehe einerseits mit einem schlechten Gewissen vor Ihnen. Sie haben Erwartungen in mich gesetzt – Erwartungen, die ich nicht erfüllen konnte. Ich stehe aber auch mit einem guten Gewissen vor Ihnen. Denn im Nachhinein weiss ich, dass mein Ent-

Pressemitteilung:

Zug, 6. Januar 2005

## Wieder da!

Vor zwei Monaten musste ich Partei und Öffentlichkeit über meine Entscheidung informieren, mein Amt als Präsident der FDP der Schweiz mit sofortiger Wirkung abzugeben. Ich danke auf diesem Weg allen, die für meinen Schritt Verständnis zeigten, mir in den letzten Wochen ihr Mitgefühl ausdrückten und baldige Genesung wünschten.

Inzwischen habe ich mich soweit erholt, dass ich meine angestammten Arbeiten als Zuger Ständerat und als Anwalt dieser Tage wieder aufnehmen kann.

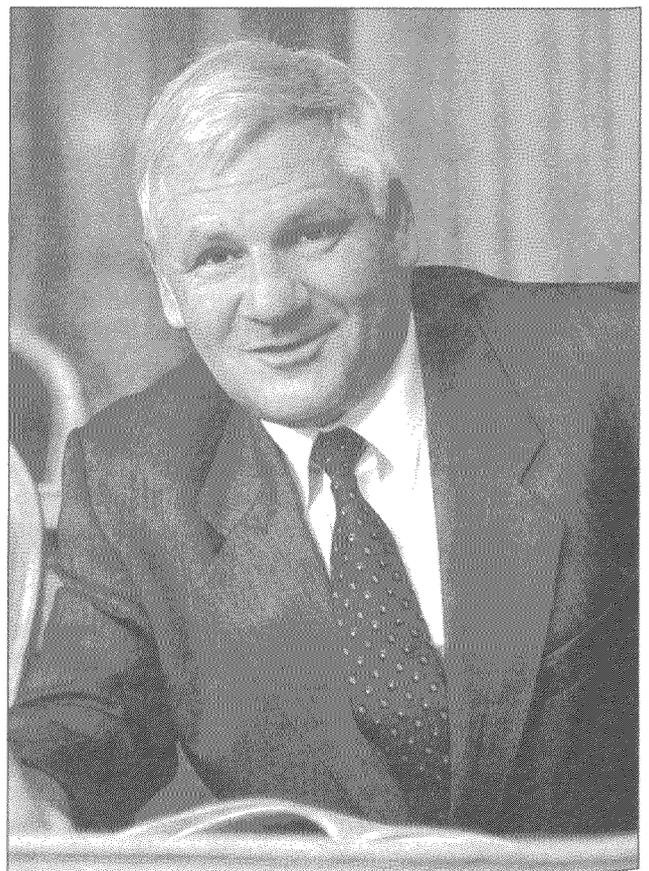
Im Zentrum meiner vorwärtsgerichteten öffentlichen Tätigkeit stehen die politi-

schen Tagesfragen – insbesondere diejenigen, die sich aus meinen Funktionen als Präsident der Gerichtskommission der Bundesversammlung und der Rechtskommission des Ständerates sowie als Mitglied der ständerätlichen Finanzkommission und der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie ergeben. Zudem ist es mir weiterhin ein Anliegen, mich innerhalb der FDP mit den wirtschaftspolitischen Belangen zu befassen und die sich daraus ergebenden Kontakte zu pflegen.

Ständerat Rolf Schweiger  
Rechtsanwalt und Notar

scheid der einzig richtige war.» Die angesprochenen FDP-Delegierten wussten die Offenheit zu schätzen. Die Sympathiebekundungen für Rolf Schweiger schienen allgegenwärtig. Stehende Ovationen mit langanhaltendem Applaus waren dem früheren Präsidenten für seine Ansprache sicher, aber auch an den Tischen und in den Gängen des Konzertsaals waren ausschliesslich bewundernde Worte zu hören.

Wir alle, die Leserschaft und die Redaktion des «Schweizer Freisinn», wünschen Rolf Schweiger alles Gute in seiner weiteren Arbeit und – wichtiger als jeder politische Erfolg – gute Gesundheit und viel Zufriedenheit. ■



Schon bald wird sich Rolf Schweiger wieder im Ständeratssaal dem Dossierstudium widmen.



FDP-Interimspräsidentin Marianne Kleiner begrüsst Rolf Schweiger nach seiner gesundheitsbedingten Auszeit.

# Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung

Der Finanzplatz Schweiz wird durch die Bilateralen II gestärkt

Am 26. Oktober wurden die Bilateralen Abkommen II mit der EU in Luxemburg unterzeichnet. Sie wurden in der vergangenen Winter-session vom Parlament genehmigt. In einer Serie stellt der «Frei-

sinn» die neun Abkommen vor. In dieser Ausgabe finden Sie Erläuterungen zu den Dossiers «Zinsbesteuerung» und «Betrugsbekämpfung».

## Zinsbesteuerung

### Die Neuerungen in Kürze

- Die Schweiz verpflichtet sich zu Steuersicherungsmaßnahmen bei Zinszahlungen schweizerischer Zahlstellen an natürliche Personen mit Wohnsitz in einem EU-Land.
- Der endgültig vorgesehene Rückbehalt von 35 Prozent wird schrittweise eingeführt. In den ersten drei Jahren der Anwendung beträgt der Satz 15 Prozent, in den folgenden drei Jahren 20 Prozent und erst nachher 35 Prozent.
- Von der neuen Regelung ausgenommen sind Obligationen, die vor dem 31. März 2001 ausgegeben und nach dem 31. März 2002 nicht mehr aufgestockt wurden.
- Die Einkünfte aus dem Steuerrückbehalt werden im Verhältnis von 75 Prozent zu 25 Prozent auf die Wohnstaaten der besteuerten Personen und die Schweiz aufgeteilt.
- Zinsempfänger mit Wohnsitz in einem EU-Land können frei zwischen dem Steuerrückbehalt und einer Meldung des Zinsgewinnes an ihren Wohnstaat wählen.
- In einem zweiten Teil des Abkommens wird die Quellensteuer auf der Zahlung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren unter verbundenen Unternehmen zwischen der Schweiz und der EU abgeschafft. Bedingungen sind eine Mindestbeteiligung von 25 Prozent und eine Mindestbesitzdauer von zwei Jahren.

### Zusammenfassung:

Schweizerische Zahlstellen führen einen Steuerrückbehalt von 35 Prozent auf Zinsen, die an natürliche Personen mit Wohnsitz in der EU ausbezahlt werden, durch. Damit soll sichergestellt werden, dass die geplante EU-Richtlinie zur Zinsbesteuerung nicht umgangen werden kann. Gleichzeitig bleibt das Bankkundengeheimnis vollständig erhalten. Mit der Abschaffung der Quellensteuerpflicht unter verbundenen Unternehmen erhalten schweizerische Muttergesellschaften gleich lange Spiesse wie ihre Konkurrenz in den EU-Ländern.

Quelle: *economiesuisse; Dossierpolitik 35/1 (27. 9. 2004)*

## Betrugsbekämpfung

### Die wichtigen Neuerungen in Kürze

- Die Schweiz verpflichtet sich zur Leistung von Rechtshilfe im Bereich der indirekten Steuern (Mehrwertsteuer, Verbrauchssteuer, Zollabgabe), bei Zweckentfremdung von Subventionen und bei Delikten im öffentlichen Beschaffungswesen.
- Die Schweiz stellt den Behörden der EU und Ihrer Mitgliedstaaten die gleichen Instrumente zur Verfügung, die sie in schweizerischen Verfahren anwendet.
- Als Voraussetzung für die Durchsuchung von Räumen und die Beschlagnahmung von Akten und anderen Gegenständen genügt neu eine vermutete Abgabehinterziehung von mindestens 25 000 Euro. Ein Verdacht auf Abgabebetrug nach schweizerischem Recht ist nicht mehr erforderlich.
- Ausländische Beamte erhalten unter gewissen Voraussetzungen das Recht, beim Vollzug des Rechtshilfeersuchens vor Ort anwesend zu sein. Die Ermittlungen werden jedoch immer von inländischen Offiziellen geführt.
- Das Abkommen über die Betrugsbekämpfung ist nur auf Delikte anwendbar, die mindestens sechs Monate nach dessen Unterzeichnung begangen werden.

### Zusammenfassung:

Die Schweiz, die EU und die EU-Mitgliedstaaten helfen sich gegenseitig bei der Einforderung von rechtskräftig festgesetzten Abgaben. Das Schweizer Dispositiv zur Bekämpfung von Geldwäscherei, welches zu den weltweit effizientesten zählt, wird weiter ausgebaut. Das Bankkundengeheimnis bleibt dabei vollständig gewahrt.

Quelle: *economiesuisse; Dossierpolitik 38/2 (18. 10. 2004)*

## Die beiden Kandidaten unter der Lupe

*Der «Freisinn» bietet Ihnen eine Orientierungshilfe*

Die FDP Schweiz wählt im Frühjahr ihren neuen Präsidenten. Die Nationalräte Fulvio Pelli (TI) und Georges Theiler (LU) bewerben sich um die Nachfolge des zurückgetretenen Rolf Schweizer. Der

«Freisinn» hat sie unter die politische und persönliche Lupe genommen.

### Fulvio Pelli, Sorengo (TI)

**Alter:** 53 Jahre

**Beruf:** Anwalt, Dr. iur. (Universität Zürich)

**Familie:** verheiratet, drei Töchter

#### Politischer Werdegang:

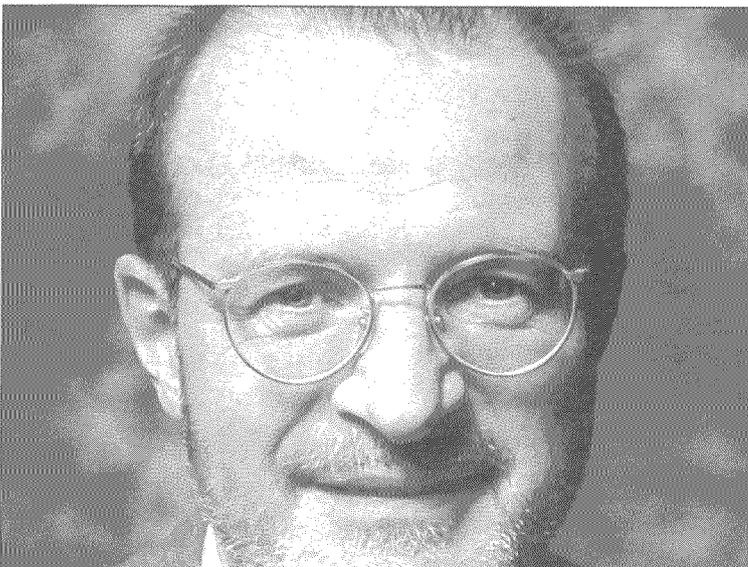
seit 2004 Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats  
seit 2002 Präsident der FDP-Nationalratsfraktion  
seit 1995 Nationalrat  
1988–2000 Präsident der FDP Tessin  
1983–1995 Mitglied im Tessiner Grossrat  
1980–1990 Gemeinderat in Lugano  
Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Schweiz

#### Ämter und Mandate:

Präsident des Verwaltungsrats der Tessiner Kantonalbank  
Präsident der «Associazione Ancora» (Wiedereingliederungszentrum für Drogenabhängige)  
Präsident der Sektion Tessin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (NEBS)  
Mitglied des Verwaltungsrats der Schweizerischen Nationalbank  
mehrere weitere Verwaltungs- und Stiftungsratsmandate

#### Hobbys:

Fahrradfahren, Bergsteigen, Canyoning, Tennis, klassische und wissenschaftliche Literatur



### Georges Theiler, Luzern

**Alter:** 55 Jahre

**Beruf:** dipl. Ing. ETH/SIA, Unternehmer (Inhaber der GT Consulting)

**Familie:** drei Töchter

#### Politischer Werdegang:

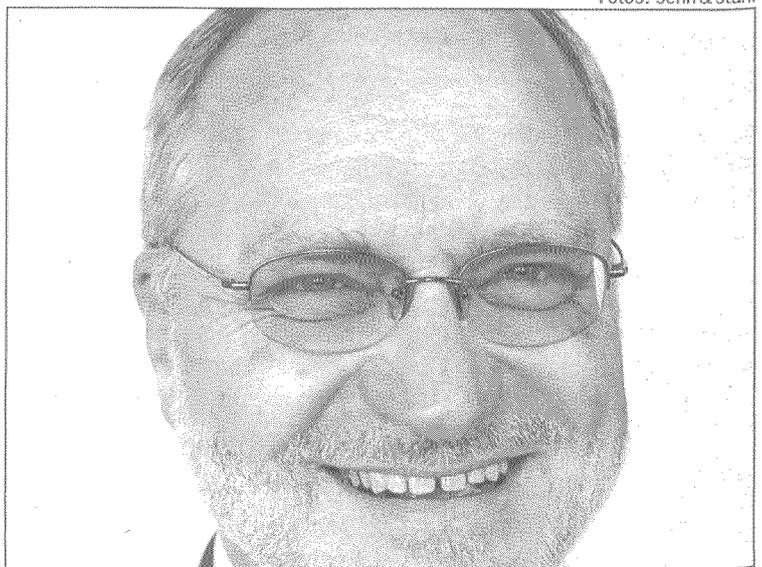
seit 1995 Nationalrat (Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie)  
1987–1995 Mitglied im Luzerner Grossrat  
Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Schweiz

#### Ämter und Mandate:

Mitglied des Stiftungsrats der Swisscontact (Schweizerische Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit)  
Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung für Neuunternehmen im Kanton Luzern  
Mitglied des Verwaltungsrats der Swissmetro AG  
mehrere weitere Verwaltungs- und Stiftungsratsmandate

#### Hobbys:

Pflege von Geselligkeit und Freundschaften, Wandern, Jassen



Fotos: senn & stahl

Die neuen EU-Staaten: Ungarn

# BUDAPEST

## POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

mit FDP-Nationalrat Gerold Bührer

### 7.-10. APRIL 2005

#### DONNERSTAG, 7. APRIL 2005

**Anreise**  
9.00 h Treffpunkt Flughafen Zürich-Kloten

**Flug**  
10.10 h Direktflug Zürich-Budapest mit MALEV 565

11.45 h Ankunft Budapest

**Transfer**  
Bustransfer vom Flughafen zum Hotel

**Hotel**  
Grand Hotel Margitsziget \*\*\*\*. Das wunderbar gelegene Hotel auf der Margaretinsel hat den Charme der Jahrhundertwende bewahrt. Benutzung der Bäder im benachbarten Thermalhotel möglich.

**Mittagessen**  
13.30 h fakultativ

**Parlament**  
15.00 h  
1) Führung durch das Parlamentsgebäude mit einem ungarischen Parlamentarier  
2) Wir streifen die Geschichte und die Entwicklung Ungarns von der Donaumonarchie bis zur heutigen Demokratie.  
3) Einführung in die Arbeitsweise des Parlaments mit Besuch einer Sitzung

4) Gespräch mit einem Korrespondenten über aktuelle politische Themen in Budapest und Ungarn  
5) Gespräch über das Schengen-Abkommen in den Ostgebieten zwischen einem Professor der ungarischen Polizeiakademie und unserem Nationalrat Gerold Bührer (Mitglied der Aussenpolitischen Kommission)

**Nachtessen**  
20.00 h in einem traditionellen Restaurant mit Zigeunermusik. Übernachtung im Hotel

#### Freitag, 8. April 2005

**Morgen**  
Frühstücksbuffet im Hotel  
9.30 h Bummel durch die Stadt zur Schweizer Botschaft

**Schweizer Botschaft**  
10.30 h Empfang durch Marc-André Salamin, Botschafter der Schweiz in Budapest. Informationen, Fragen und Antworten zu Politik und Wirtschaft Ungarns.

**Mittagessen**  
12.00 h fakultativ

**Handelskammer**  
14.00 h Gespräch mit dem Direktor der Handelskammer Schweiz-Ungarn und mit Persönlichkeiten aus der Wirtschaft.

**Apéro**  
19.00 h Apéro mit Gästen, u. a. mit einem Europaparlamentarier.

**Nachtessen**  
20.00 h mit Gästen aus Politik und Wirtschaft. Übernachtung im Hotel.

#### Samstag, 9. April 2005

**Morgen**  
Frühstücksbuffet im Hotel  
Der Morgen steht zur freien Verfügung.

**Kaffeehaus**  
12.00 h Treffpunkt und Mittagessen in einem Kaffeehaus

**Nachmittag**  
13.30 h Bäderkultur – Wir hören etwas von einem Fachmann über die Heilkraft der Thermalquellen und deren Tradition in Budapest.

Porzellan – Handbemaltes Luxusgeschirr. Wir besuchen ein Geschäft der Herendi-Porzellanmanufaktur und hören Fachkundiges über das graziöse Material.

**Abend**  
20.00 h Aktuelle Veranstaltung (fakultativ). Wir empfehlen einen Besuch in der Ungarischen Staatsoper oder im Operettentheater. Übernachtung im Hotel

#### Sonntag, 10. April 2005

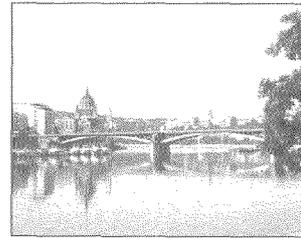
**Morgen**  
Frühstücksbuffet im Hotel  
Check-out im Hotel  
Der Morgen steht zur freien Verfügung. Wir empfehlen eine Donauschiffahrt (fakultativ).

**Mittagessen**  
11.30 h Apéro und Mittagessen (ungarische Küche mit Gulasch und Paprika)

**Stadt**  
13.30 h Bummel durch die Stadt mit einem Budapester Architekten: Budapest ist im Aufbruch und deshalb spannend und voller Entdeckungsmöglichkeiten.

**Transfer**  
16.00 h Transfer zum Flughafen

**Rückflug**  
18.15 h Direktflug Budapest-Zürich mit MALEV 566  
19.55 h Ankunft in Zürich Kloten



Die Margaretenbrücke verbindet Buda und Pest.



Die Bädertradition wird in Budapest hoch gehalten.

#### ALLGEMEINE INFORMATIONEN

**Preise:**  
Pro Person im Doppelzimmer: Fr. 1760.–  
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 180.–

**Inklusive:**  
Economy-Flug mit Malev, 3 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet, Nachtessen mit Musik (Do), Besuch des Parlamentsgebäudes, Gespräch mit einem Korrespondenten, Besuch in der Schweizer Botschaft, Apéro und Nachtessen (Fr), Mittagessen und Apéro (Sa), Bäderführung, Porzellanführung, Architekturführung, Mittagessen (So), sämtliche Transfers

**Exklusive:**  
Persönliche Ausgaben, Annullationskosten-Versicherung, Getränke, Abendveranstaltung, Trinkgelder, Taxi, Flughafentaxen

**Annullationskosten:**  
Bei einer Annullierung der Reise entstehen Ihnen folgende Kosten:  
0–30 Tage vor Abreise 80% des Totalbetrages  
31–50 Tage vor Abreise 55% des Totalbetrages  
51–70 Tage vor Abreise 20% des Totalbetrages  
Bei einer Annullierung entsteht Ihnen immer eine Bearbeitungsgebühr von Fr. 35.–.

Wir empfehlen Ihnen den Abschluss einer Annullationskostenversicherung.

**Teilnehmerzahl:**  
Minimale Teilnehmerzahl: 12 Personen  
Maximale Teilnehmerzahl: 20 Personen

**Anmeldeschluss:**  
28. Februar 2005

#### ORGANISATION UND REISELEITUNG:

CREAZIONE VIAGGI

Alle Rechte an dieser Reise bleiben ausschliesslich CREAZIONE VIAGGI, Schönenwerd, vorbehalten.

Programmänderungen ausdrücklich vorbehalten.



Gerold Bührer.

**Ja, diese Reise interessiert mich. Bitte senden Sie mir unverbindlich weitere Informationen.**

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Talon ausfüllen und einsenden an: Generalsekretariat FDP Schweiz, Leserreise, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per E-Mail an zila@fdp.ch

## Staatskultur oder Kunstfreiheit?

### Wie sieht liberale Kulturpolitik aus?

An alle Eingeladenen für die Fachtagung «Staatskultur oder Kunstfreiheit?»

Sehr geehrte Damen und Herren

Unten sehen Sie die Einladung zur Fachtagung vom 5. Februar 2005 in Zürich, welche von der FDP Schweiz, der Liberalen Partei Schweiz und der FDP Stadt Zürich organisiert wird.

Die Frage nach dem Einfluss des Staates auf die Kultur steht im Zentrum dieser Fachtagung. Die Diskussion in den eidgenössischen Räten in der vergangenen Wintersession hat die Wichtigkeit einer echten kulturpolitischen Debatte aufgezeigt. Zudem wird im nächsten Frühling das erste Schweizer Kulturförderungsgesetz formuliert.

Ziel dieser Veranstaltung ist die Erörterung der liberalen Position im Spannungsverhältnis zwischen Kunst und Staat. Wir laden Sie herzlich ein, mitzudenken und mitzudiskutieren!

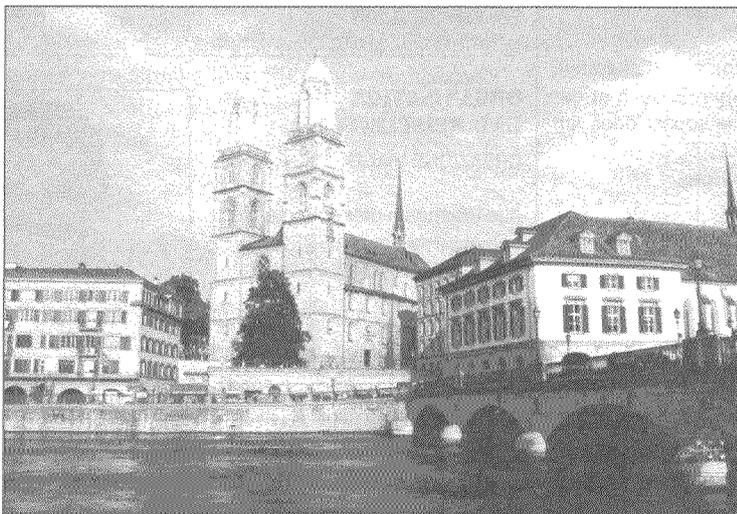
FDP Schweiz  
Die politischen Sekretäre

Sébastien Leprat

Leila Serrat



### Einladung Staatskultur oder Kunstfreiheit?



**Samstag, 5. Februar 2005, 9.00 Uhr**  
Theater an der Gessnerallee  
Gessnerallee 8, 8001 Zürich

#### Programm

- 9.00 Uhr Kaffee/Gipfeli
- 9.30 Uhr Begrüssung und Einführung in das Programm durch Urs Egger, Präsident der FDP Stadt Zürich

9.40 Uhr «Kulturpolitik aus liberaler Sicht»  
Bundesrat Pascal Couchepin

«Kultur als Hofnarr»  
Adolf Muschg, Schriftsteller

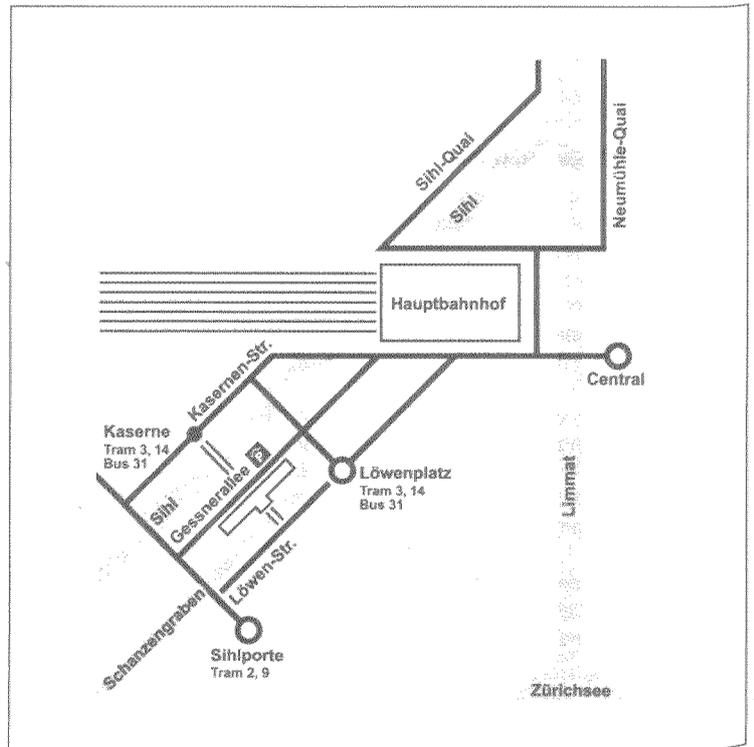
«Weder-Noch»  
Jürg Altwegg, Kulturjournalist FAZ

10.30 Uhr **Podiumsdiskussion mit dem Plenum**  
Pascal Couchepin, Adolf Muschg, Jürg Altwegg, Claude Ruey (Präsident Liberale Partei Schweiz), Barbara Polla (alt Nationalrätin GE), Jean-Frédéric Jauslin (designierter Direktor des Bundesamtes für Kultur), Christa Markwalder (Nationalrätin BE), Martin Vollenwyder (Stadtrat ZH)

12.00 Uhr Buffet /Apéro

13.00 Uhr Schluss

#### Lageplan



**Anmeldeschluss: Freitag, 4. Februar 2005**  
**Eintritt: Fr. 20.-**

Mit freundlichen Grüssen

FDP Schweiz  
Neuengasse 20  
Postfach 6136  
3001 Bern  
Tel. 031 320 35 19  
Fax 031 320 35 00

**Kontakt:**  
Sébastien Leprat (leprat@prd.ch, 076 577 05 71)

# Nationalbankgold zu zwei Dritteln an die Kantone...

... und mit dem Bundesanteil Schulden abbauen!

Nach dem jahrelangen Gezänk um die Verteilung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank ist die Ausgangslage eigentlich klar. Dass der Bundesrat nicht bereits im Dezember einen Entscheid für die verfassungsmässige Verteilung gefällt hat, ist deshalb unverständlich.



Gerold Bührer

Von Nationalrat Gerold Bührer, Thayngen SH

die Kantone zu verteilen ist.

## Entscheid nicht weiter verzögern

Zur allgemeinen Überraschung hat der Bundesrat an der letzten Sitzung vor Weihnachten den Beschluss in Sachen Gewinnverteilung vertagt. Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung nicht mehr lange mit der Beschlussfassung zuwartet. Die unnötige Verunsicherung nützt nämlich niemandem. Mehr noch: Es darf erwartet werden, dass auch der Bundesrat die Spielregeln, wie sie die Verfassung und das Parlamentsgesetz vorgeben, einhält. Eine Nichtberücksichtigung dieser Leitplanken würde ein gefährliches staatspolitisches Präjudiz schaffen. Ein solches Vorgehen käme nämlich einer Missachtung der parlamentarischen Willenskundgebung in unserem Zweikammersystem gleich.

Auch der Ruf nach einer zusätzlichen gesetzlichen Grundlage ist schlicht nicht nachvollziehbar. Es kann sich hier höchstens um ein Ablenkungsmanöver handeln. Bei den nicht mehr benötigten Nationalbankreserven handelt es sich nämlich um nichts anderes als um aufkumulierte frühere Gewinne. Eine Missachtung dieser klaren Ausgangslage würde insbesondere dem Verhältnis Bund – Kantone Schaden zufügen. Nach der Zustimmung zur Neuordnung der Aufgabenteilung und zum Finanzausgleich wäre es schlicht unverständlich, das Vertrauen seitens der Kantone zu belasten.

Über diese staatspolitische Dimension hinaus gibt es auch sonst keine Begründung dafür, den Vollzug der Gewinnausschüttung hinauszuschieben. Die technischen Abklärungen für die Überführung dieser Nationalbankreserven auf Bund und Kantone sind gemacht worden. Auch aus geldpolitischer Sicht ergeben sich keine Hindernisse. Die Kantonsregierungen haben gerade in der ersten Januarwoche bekräftigt, dass sie diese Mittel jetzt beanspruchen. Im Weiteren wurde dabei im Sinn einer langfristig soliden Finanzpolitik einmal mehr die Schuldentilgung in den Vordergrund gerückt.

## Schuldentilgung nützt allen

Auf der Ebene des Bundes verbietet die Schuldenbremse ein Aufblähen der Ausgaben. Vielmehr sind die ausserordentlichen Erträge zur Schuldentilgung zu verwenden. Auf Grund des Finanzhaushaltsgesetzes handelt es sich nämlich bei den 7 Mrd. Franken um eine ausserordentliche Einnahme. Die Kantone sind zwar gemäss Bundesverfassung in der Verwendung ihrer Mittel frei. Auch dort steht aber die Schuldentilgung im Vordergrund. Mit der Gewinnausschüttung könnten immerhin 20 Prozent der Kantonschulden zurückbezahlt werden. Damit liessen sich beträchtliche Zinsen einsparen. Die frei werdenden Mittel könnten somit haushaltsneutral für produktivere und zukunftsorientierte Zwecke eingesetzt werden.

Schliesslich zum Lockruf zugunsten eines vermehrten Mitteleinsatzes für die AHV oder IV: Wer jetzt beim Bund und den Kantonen, welche ihrerseits die AHV finanzieren, ein Loch auf tut, um es auf der anderen Seite zu stopfen, produziert ein Nullsummenspiel. Dazu kommt, dass bezüglich der Grössenordnung bei der AHV höchstens Illusionen geweckt werden. Der Goldsegen kommt – gemessen an den AHV-Ausgaben von über 30 Mrd. Franken pro Jahr –

höchstens dem berühmten Tropfen auf den heissen Stein gleich.

Die durch das zweimalige Nein des Ständerates herbeigeführte Beibehaltung der geltenden Gewinnausschüttung bringt finanzpolitisch auch Vorteile gegenüber der ursprünglichen Bundesratsfassung zugunsten der Substanzerhaltung. Orientiert man sich nämlich am Gegenwartswert der aufgelaufenen Zinsen, so ergibt sich durch die jetzige Rückzahlung die grösste Entlastung für den Staatshaushalt. Dazu kommt, dass mit der strikten Schuldentilgung die Gefahr einer Verschleuderung der Substanz zugunsten einer momentan gerade hoch im Kurs stehenden, populären Aufgabe gemindert wird.

Mit der Verteilung der Goldreserven wird aber auch im Gegensatz zu den Vorwürfen von links keine Präjudizierung bezüglich der hängigen Volksinitiative für die Verwendung der zukünftigen Nationalbankgewinne gemacht. Jetzt geht es darum, gemäss geltender Verfassung aus den aufgelaufenen Gewinnen zwei Drittel an die Kantone und einen Drittel an den Bund auszuschütten. Eine Beschränkung der Ansprüche der Kantone, mit welcher Begründung auch immer, könnte sich politisch als gefährlicher Pyrrhussieg erweisen. ■

Volk und Stände haben mehrfach kundgetan, dass sie keine Änderung des geltenden Verfassungsrechts wollen. Weder die Solidaritätsstiftung noch die Verwendung zugunsten der AHV, einhergehend mit einer Kürzung der Kantonsanteile, fanden im September 2002 eine Mehrheit. Ein neuer Versuch, den Goldvorrat an Bund und Kantone zu verteilen, ist in der vergangenen Winter-session am zweifachen Nein des Ständerates gescheitert. Das Parlamentsgesetz regelt klar, dass eine Vorlage dann abzuschreiben ist, wenn eine Kammer zweimal nicht darauf eintritt. Rechtlich ist die Lage nach dem unmissverständlichen Nein des Ständerates somit eindeutig. Artikel 99 der Bundesverfassung hat weiterhin Bestand. Dieser besagt in Absatz 4, dass der Gewinn der Nationalbank zu mindestens zwei Dritteln an

## Die FDP-Frauen Schweiz im Jahr 2005

### Vom Aufbruch und Umbruch hin zur Konsolidierung

Nach einem turbulenten Wahljahr 2003 sowie Aufbruch und Umbruch im Jahr 2004 soll das neue Jahr für die FDP-Frauen primär im Zeichen der Konsolidierung stehen. Die neuen Strukturen haben sich bei der Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen zu bewähren. Die FDP-Frauen Schweiz sind bereit und motiviert.



Barbara Perriard

Von Barbara Perriard,  
Generalsekretärin FDP-  
Frauen Schweiz, Bern

Die Motivation der FDP-Frauen Schweiz, sich für die Frauen und den Freisinn einzusetzen, ist stärker denn je. Nach einem turbulenten Wahljahr stand 2004 für Aufbruch und Umbruch. Es wird wohl als eines der stürmischsten Jahre in die Geschichte der FDP eingehen.

Die FDP-Frauen bedauerten Anfang 2004 den Rücktritt von Ständerätin Christiane Langenberger als Parteipräsidentin sehr. In Ständerat Rolf Schweiger, so waren die FDP-Frauen überzeugt, wurde dann ein würdiger Nachfolger an die Spitze der Partei gewählt. In Rolf Schweiger hatten die FDP-Frauen von Beginn weg einen ausgezeichneten Partner und Mitstreiter. Er hat den von den FDP-Frauen in der Wahlplattform 03 geprägten

Slogan der «modernen Bürgerlichkeit» für die FDP Schweiz übernommen und damit die Weichen für eine erfolgreiche Neupositionierung der Partei gestellt. Zudem hat Rolf Schweiger die Ressourcen der FDP-Frauen ausgebaut sowie die Position der FDP-Frauen innerhalb der Mutterpartei nachhaltig verbessert – daran wird sich auch sein Nachfolger messen lassen müssen. Die FDP-Frauen und auch die FDP Schweiz haben Rolf Schweiger viel zu verdanken. Die FDP-Frauen freuen sich über seine erfolgte Genesung und sein gelungenes Comeback auf der politischen Bühne anlässlich der Delegiertenversammlung in Solothurn. Last but not least geht ein herzlicher Dank auch an Vizepräsidentin Marianne Kleiner, die ohne Zögern das Interimspräsidium übernommen hat und die

FDP sicher zu steuern weiss.

#### Bye-bye Alice Disch

Die sanfte Neuausrichtung und Optimierung der Frauen-Strukturen ist mit der erfolgten Einsetzung einer Frauen-Generalsekretärin nicht abgeschlossen. Per Ende 2004 hat Alice Disch, die langjährige Sekretärin der FDP-Frauen, ihr Amt abgegeben. Alice Disch will sich künftig voll auf ihre Tätigkeit als Englischlehrerin konzentrieren. Die von ihr gegründete Schule erfreut sich eines so regen Zulaufs, dass sie expandieren kann. Dies erfordert ihre volle Aufmerksamkeit – wofür die FDP-Frauen selbstverständlich volles Verständnis haben. Die FDP-Frauen Schweiz wünschen Alice Disch alles Gute und danken ihr herzlich für ihr grossartiges Engagement und ihren Optimismus. Alice Disch wird anlässlich der Generalversammlung noch offiziell verabschiedet.

#### Willkommen Irene Thalmann

Die Übernahme der administrativen Aufgaben von Alice Disch erfolgt durch Irene Thalmann, Vizepräsidentin der FDP-Frauen Schweiz. Irene Thalmann ist vielen Freisinnigen bereits bestens bekannt. Die selbständige Unternehmerin bringt aus ihrer vormaligen Tätigkeit als Kantonalsekretärin der FDP Schwyz und als regelmässige Economiesuisse-Stützpunktführerin viel politisches Ge-

spür und Tatkraft mit. Irene Thalmann wird auch die punktuelle Stellvertretung von Barbara Perriard (so beispielsweise in der Kantonalsekretärenkonferenz) wahrnehmen. Die FDP Frauen sind überzeugt, in Irene Thalmann eine optimale Kraft für dieses Amt gewonnen zu haben, und wünschen ihr einen gelungenen Start.

#### Auftrieb durch Erfolg

An Ideen, Optimismus und Energie für 2005 mangelt es den FDP-Frauen nicht. Interessante Frauen-Veranstaltungen, die erfolgreich mitgeprägten FDP-Präsidiumswahlen, die mittlerweile etablierte überparteiliche Frauenzusammenarbeit, insbesondere das Ja zum Mutterschaftsurlaub, die Wahl von Barbara Hayoz in die Stadtberner Exekutive sowie auch die Wahl von Christine Egerszegi zur 2. Vizepräsidentin des Nationalrates haben den FDP-Frauen viel Auftrieb gegeben.

#### Neue Herausforderungen

Auch das neue Jahr bringt grosse Herausforderungen mit sich. Zu denken sind im ersten Halbjahr an die kantonalen Wahlen in Solothurn, Appenzell-Ausser rhoden und Neuenburg, wo mit Esther Gassler, Marianne Koller und Catherine Schallenberg auch aussichtsreiche freisinnige Frauen ins Rennen steigen, an die Abstimmung über das Partnerschaftsgesetz, wo die FDP-Frauen

### FDP-Frauen für Bilaterale II und Personenfreizügigkeit

Die Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz fasste anlässlich ihrer Sitzung vom 11. Januar 2005 in Zürich einstimmig die Ja-Parole zu den Bilateralen II sowie zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass mit dem Paket der Bilateralen II aus Schweizer Sicht ein optimales Verhandlungsergebnis erzielt werden konnte. Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen wie etwa der Stärkung des Tourismus, der Sicherung eines starken und glaubwürdigen Finanzplatzes Schweiz sowie der Optimierung der Exportchancen in der Nahrungsmittelindustrie gilt es insbesondere die verstärkte Zusammenarbeit zu erwartenden Vorteile in verschiedenen Bereichen

hervorzuheben. Das Asylwesen wird entlastet (Dublin), die innere Sicherheit wird gestärkt (Schengen), die Umweltpolitik wird wirksamer (Umwelt), die kulturelle Vielfalt wird erweitert (MEDIA-Programme) und auf dem Arbeitsmarkt werden mehr Chancen durch ein breites Ausbildungsangebot ermöglicht (Bildungsprogramme). Im Weiteren stellen die FDP-Frauen fest, dass die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Staaten der Schweizer Wirtschaft neue Wachstumschancen eröffnet. Bei einer Ablehnung droht nicht nur grosser Schaden für den Standort Schweiz, sondern auch das Scheitern des Konzepts des bilateralen Weges mit der EU.

## Zur Person: Irene Thalmann-Kühni Vizepräsidentin und Administratorin FDP-Frauen Schweiz



Irene Thalmann-Kühni betreut seit Anfang 2005 die administrativen Geschäfte der FDP-Frauen Schweiz.

Die selbständige Unternehmerin bringt aus ihrer vormaligen Tätigkeit als Kantonalsekretärin der FDP Schwyz sowie als Gründungspräsidentin der FDP-Frauen Kanton Schwyz viel politisches Gespür und Tatkraft mit. Irene Thalmann-Kühni ist verheiratet und Mutter zweier Kinder.

FDP-Frauen Schweiz, c/o Irene Thalmann-Kühni  
Vizepräsidentin FDP-Frauen Schweiz  
Egglirain 18, 8832 Wilen SZ  
Tel./Fax 01 786 32 42, Mobile 079 430 84 54  
irene.thalmann@bluewin.ch

die Federführung übernommen haben, sowie an die Abstimmung über Schengen/Dublin, wo auch FDP-Exponentinnen an vorderster Stelle engagiert sein werden.

### Herzliche Einladung

Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich auf die weiterhin gute Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien,

den Jungfreisinnigen und der FDP Schweiz. Zur öffentlichen Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz vom Samstag, 5. März, im Hotel Banana-City in Winterthur sind alle herzlich eingeladen. ■

# MIT ERFOLG POLITISIEREN!

Maintenant aussi en français!

**Inhalt:**

**ERFOLGREICH POLITISIEREN**

1. Haben Sie das Zeug dazu?
2. Die Psychologie der erfolgreichen Kommunikation
3. Die Kunst des Dialogs

*Deutsche gedruckte Fassung gratis gegen ein frankiertes Antwortcouvert:*

FDP Frauen der Stadt Zürich  
Carmen Walker Späh  
Präsidentin  
Waidstrasse 11  
8037 Zürich

oder digital <http://www.fdp-zhstadt-frauen.ch>

**Contenu:**

**UN ENGAGEMENT POLITIQUE COURONNÉ DE SUCCÈS**

1. Avez-vous les outils?
2. Une communication qui conduit au succès
3. L'art du dialogue

*Version papier en français disponible gratuitement (les flyers seront disponibles ultérieurement et sur demande) auprès de:*

Femmes radicales Suisse  
à l'att. de Mme Barbara Perriard  
Case postale 6136  
3001 Berne

[perriard@fdp.ch](mailto:perriard@fdp.ch) ou  
<http://www.fdp-zhstadt-frauen.ch>



**FDPO**  
Frauen der Stadt Zürich



**PRDO**  
Femmes radicales Suisse

### Termine

## Einladung zur Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz

**Samstag, 5. März 2005, im Hotel Banana-City, Winterthur**

- |               |   |
|---------------|---|
| ab 9.30 Uhr   | Eintreffen der Mitglieder und Gäste bei Kaffee und Gipfeli  |
| 10.15 Uhr     | Beginn der Generalversammlung<br>1. Begrüssung durch die Präsidentin<br>2. Statutarische Geschäfte<br>3. Bildungsoffensive:<br>Wie weiter nach der Resolution von Martigny?<br>4. Abstimmung Partnerschaftsgesetz:<br>Vorstellung der Vorlage, Diskussion und Parolenfassung<br>Mittagspause<br>5. «Freisinnige Politikerinnen im Spiegel der Medien»:<br>Podiumsdiskussion mit Medienvertreterinnen und Politikerinnen |
| ca. 15.30 Uhr | Schluss der Versammlung   |

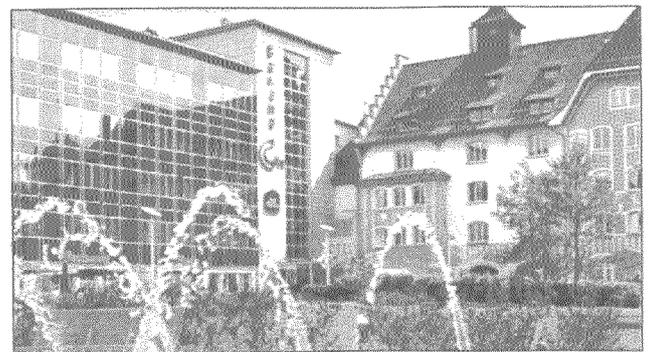


Bild: naef-werbung.ch

Bei Drucklegung stand das Datum der a.o. Delegiertenversammlung für die Präsidentenwahl der FDP Schweiz noch nicht fest. Änderungen betreffend Datum und Durchführungsort bleiben deshalb vorbehalten.

Die Generalversammlung ist öffentlich. Alle interessierten Frauen und Männer sind herzlich eingeladen. Anmeldung bis 1. März 2005 an [irene.thalmann@bluewin.ch](mailto:irene.thalmann@bluewin.ch) ist erbeten.

## Auf Ciceros Spuren

### Rhetorikseminar der jungfreisinnigen schweiz zog 40 Teilnehmer an

Ende November trafen sich in Zürich knapp 40 Jungfreisinnige, um einen Rhetorikkurs zu absolvieren. Ziel der Ausbilderinnen und Ausbilder war es, anhand praktischer Beispiele die Theorie mit der Praxis zu verbinden.

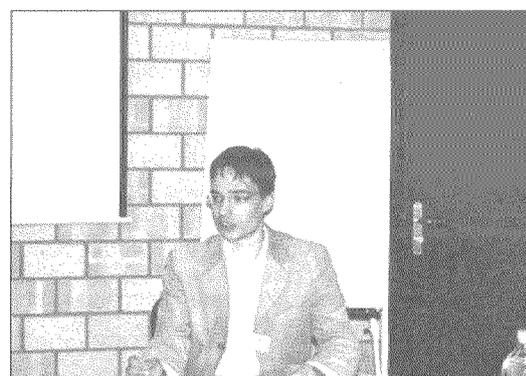
Von Lena Schneller, Vorstandsmitglied jungfreisinnige schweiz, Zürich, und Armin Camenzind, Leiter Ausbildung jungfreisinnige schweiz, Littau LU

Neben der politischen Arbeit geniesst bei den jungfreisinnigen schweiz (jfs) auch die Aus- und Weiterbildung einen hohen Stellenwert. Denn nur wer sich ständig weiterbildet, ist für kommende Herausforderungen gewappnet. Daher ist es den jfs ein Anliegen, als Dachorganisation aller jungfreisinnigen Sektionen ihren Mitgliedern auch Weiterbildungsmöglichkeiten zu offerieren. Knapp 40 Jungfreisinnige machten im vergangenen November davon Gebrauch und absolvierten einen dreitägigen Rhetorikkurs in Zürich.

Geleitet wurde der Kurs von drei Rhetoriktrainern aus Berlin. Aufgeteilt in drei Arbeitsgruppen, welche das Alter und die Erfahrungen berücksichtigten, führten sie die Teilnehmer in die Feinheiten der Rhetorik ein. Die Theorie, welche zweifelsohne in eine solche Weiterbildung gehört, wurde wohl behandelt. Vielmehr stand aber das praktische Üben im Vordergrund. Nach kurzen Theorieblöcken wurden daher die Teilnehmer in eine Pro- und Contra-Seite eingeteilt, und man konnte bei Themen wie «Wir brauchen einen zweiten Mond», aber auch sehr realen wie «Wir brauchen eine Erhöhung des Rentenalters auf 69» das zuvor Gehörte in



Nach einem kurzen, aufmerksam verfolgten Theorieteil ...



... präsentierten die Teilnehmer ihre Resultate in Form eines Referats.

einer kurzen Rede gleich ausprobieren. Durch individuelle Tipps der Trainer, aber auch von anderen Kursteilnehmern zur eigenen Rede konnten anfängliche Hemmungen schnell abgebaut werden.

Rückblickend können die jfs auf ein lehrreiches Ausbildungswochenende zurückschauen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben in ihren Rückmeldungen klar zum Ausdruck, dass die gewählte Form der Weiterbildung genau jene ist, welche gewünscht wird. In diesem Sinne werden die jfs auch im Jahr 2005 versuchen, ein attraktives Aus- und Weiterbildungsprogramm zusammenzustellen. Die jfs möchten sich hier auch nochmals



Lena Schneller



Armin Camenzind

ganz herzlich bei Nationalrat Ruedi Noser bedanken, der uns grosszügigerweise Büroräumlichkeiten seiner

Firma zur Verfügung stellte. ■

## KURZ und *bündig*

### Zwei neue Vorstandsmitglieder

Lena Schneller und Nicolas Antenen wurden an der Delegiertenratssitzung von Anfang Januar in Fribourg als neue Vorstandsmitglieder bestätigt. Sie ersetzen Diego Gfeller und Samantha Reichenbach, welche beide aus persönlichen Gründen ihren Rücktritt aus dem Vorstand bekannt gegeben haben.

Lena Schneller ist in den Reihen der jungfreisinnigen keine Unbekannte. Als Vizepräsidentin der jungfreisinnigen des kantons zürich ist sie in der Führung einer der grossen Sektionen der jfs tätig.

Nicolas Antenen kommt aus dem Kanton Genf und präsidierte bis vor kurzem die kantonale Sektion der jungfreisinnigen genf. Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) freuen sich, dass mit ihm die Romandie weiterhin mit kompetenten Personen im Vorstand der jfs vertreten ist.

Die beiden Vorstandsmitglieder werden sich insbesondere um die Arbeit an den Dossiers der Bildungs- und Sozialpolitik kümmern. Wir wünschen den beiden neuen Vorstandsmitgliedern einen guten Start im Vorstand der jungfreisinnigen schweiz.

### Termine 2005

12. März	Delegiertenratssitzung im Kanton Aargau
22.-24. April	jfs-Kongress 2005 im Kanton Uri
6. August	Delegiertenratssitzung
3./4. Sept.	Sommeruniversität
8. Oktober	Delegiertenratssitzung

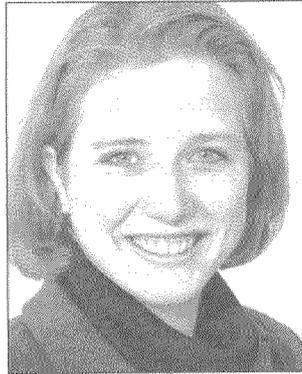
## Für die Anerkennung der Prostitution als Beruf!

Täglich bieten 14 000 Sexarbeiterinnen ihre Dienste an

Die jungfreisinnigen fordern die Anerkennung der Prostitution als Beruf und somit das Ende der vorherrschenden Doppelmoral. Obwohl die Prostitution schon seit Jahrhunderten einen Teil unseres gesellschaftlichen Lebens darstellt, wurde es in der Schweiz bis zum heutigen Zeitpunkt verpasst, Regelungen zu treffen, die es ermöglichen würden, die Prostitution aus ihrem Schattendasein zu holen. Die jungfreisinnigen schweiz fordern die rechtliche Gleichstellung der Prostitution mit anderen Berufsgruppen. Die jungfreisinnige Nationalrätin Christa Markwalder Bär hat hierzu eine Interpellation eingereicht.

Nach Schätzungen (Lagebericht des Bundesamts für Polizei aus dem Jahre 1999) bieten in der Schweiz täglich 14 000 Frauen und Männer ihre Dienste an. Die Frage ist

also nicht, ob eine Gesellschaft Prostitution wünscht, sondern wie sie mit ihr und den darin tätigen Menschen umgeht. Das hat zur Folge, dass der Staat einerseits die Prosti-



Christa Markwalder greift mit der Prostitution ein politisches Tabuthema auf.

tuierten besteuert, ihnen aber andererseits den Zugang zu den Sozialversicherungen verwehrt. In der Krankenversicherung läuft

eine Prostituierte Gefahr, bei Entdeckung ihrer Tätigkeit den Anspruch auf gewisse Leistungen zu verlieren. Im Unterschied zu allen anderen Arbeitsbereichen gelten in der Prostitution keine Arbeitsschutzvorschriften, obwohl diese gerade dort nötig wären.

### Prostitution ist mit Doppelmoral behaftet

Rund 14 000 Prostituierte stellen in der Schweiz ihre Dienste zur Verfügung. Über 50 Prozent sind Schweizerinnen, die ordentlich ihre Steuern bezahlen und als Selbständigerwerbende Räumlich-

keiten mieten, um ihrer Kundschaft zu begegnen. Trotzdem sind diese Frauen schlecht oder gar nicht versichert und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung, obwohl sie ihrer dreijährigen Einzahlungspflicht nachgekommen sind. Weil die Prostituierten heute keine Möglichkeit haben, Arbeitslosenleistungen zu beziehen, werden ihnen Umschulung und Weiterbildung nicht bezahlt und damit der Ausstieg erschwert. Niemand, ob Mann oder Frau, kann diesen Beruf ein Leben lang ausüben, ohne mentale Schäden davonzutragen. Auch die soziale Ächtung und die Abhängigkeit von Zuhältern sind Kriterien, die Prostitution sicher nicht zu einem Beruf wie jedem andern machen. Doch gerade deshalb besteht Handlungsbedarf.

Die jungfreisinnigen schweiz wollen diesem unhaltbaren Zustand ein Ende bereiten und fordern rechtliche Grundlagen, um die Prostitution aus ihrem rechtlichen und gesellschaftlichen Schattendasein zu holen, den Menschenhandel offen zu legen und dadurch zu minimieren.

### Interpellation eingereicht

Wer das Problem erkannt hat und nicht handelt, hält die Doppelmoral aufrecht. Aus diesem Grund hat die jungfreisinnige Nationalrätin Christa Markwalder Bär eine Interpellation eingereicht. Darin wird der Bundesrat aufgefordert, verschiedene Fragen zur rechtlichen Gleichbehandlung der Prostitution mit anderen Berufsgruppen zu beantworten. ■

## KURZ und bündig

### Unglaublich, aber wahr: jfs sind für einmal völlig «out»

Für einmal sind wir froh, dass wir nicht «in» sind. Bei den anderen bürgerlichen Jungparteien scheint es nämlich «in» zu sein, keine Führung zu haben und mit dem Geld nach Gutdünken zu jonglieren. Die JSVP Schweiz ist führungslos und hat überdies Probleme mit ihren Finanzchefs, und auch die JCVP Schweiz steht ohne Führung da. Jürg Stauffer musste kürzlich seinen Posten als Kassier der JSVP Schweiz räumen, weil er in Zusammenhang mit der letztjährigen bürgerlichen 1.-Mai-Demo für die 11. AHV-Revision

eine Rechnung von rund 1000 Franken fälschte und das Geld auf sein Konto umleitete. Das war ein dicker erster Streich – doch der zweite folgte sogleich: Ende 2004 gab der Präsident derselben Jungpartei, Thomas W.G. Schmidt, seinen Sessel frei, nachdem ihm vier Kantonalsektionen den Rücken gekehrt hatten. Seine Stärken lägen nicht in der Führung. In dieser Situation von sich zu behaupten, man sei die «stärkste Jungpartei der Schweiz», ist doch ziemlich vermessen. Mitte Januar dann

musste die Zürcher Kantonalpartei der JSVP feststellen, dass ihr Kassier mit rund 5000 Franken die Schweiz verlassen hatte. Laut Agenturmeldung sei damit das gesamte Vermögen der Partei weg. Im wahrsten Sinn des Wortes: der abtrünnige JSVPler wird in Holland oder den USA vermutet. Dass der Horizont der JSVP so weit reicht, ist erstaunlich und für uns völlig neu! Das Phänomen «Co-Präsidium» ist in Parteispitzen, eher in der linken Region des politischen Spektrums anzusiedeln. So kannte

denn auch die JCVP Schweiz bis vor einem halben Jahr eine derartige Aufgabenteilung. Damals trat der erste der beiden Co-Präsidenten zurück. Seit einigen Tagen wissen wir nun, dass auch der zweite Co-Präsident sein Amt verlässt. Nun sind also weder «Co» noch «Präsident» da. Ob das die wankelmütige JCVP verkraften kann, ist mehr als fraglich! Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) kümmern sich lieber um die politische Arbeit. Diesen Schwank in vier Akten können die anderen Jungparteien alleine weiterschreiben!

## Liberaler Köpfe befürworten Partnerschaftsgesetz

Für freie Entfaltungsmöglichkeiten und mehr Eigenverantwortung

**Das Partnerschaftsgesetz, welches von den eidgenössischen Räten mit grossen Mehrheiten gutgeheissen worden ist, regelt die Begründung, die Wirkung und die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare. Die freisinnigen National- und Ständeräte haben das Gesetz als Ausdruck ihrer liberalen und offenen Politik befürwortet und unterstützen es auch im kommenden Abstimmungskampf.**

Von Nationalrat und  
Stadtpräsident Kurt Fluri,  
Sulthurn

Das Gesetz soll es zwei Personen gleichen Geschlechts, die nicht miteinander verwandt sind, ermöglichen, sich zu einer Lebensgemeinschaft mit gegenseitigen Rechten und Pflichten zu verbinden, indem sie ihre Partnerschaft beim Zivilstandsamt am Wohnsitz eines der beiden Partnerinnen oder Partner eintragen lassen können. Dadurch entsteht ein neuer Personenstand, welcher «in eingetragener Partnerschaft» lautet.

### Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Die Partnerinnen oder Partner haben damit einander Beistand zu leisten und aufeinander Rücksicht zu nehmen, woraus ersichtlich wird, dass es sich hier ähnlich verhält wie bei der ehelichen Gemeinschaft. Wenn heute zum Beispiel keine Erbberechtigung für gleichgeschlechtliche Paare besteht, auch wenn sie möglicherweise bereits jahrzehntlang zu-

sammengelebt haben, so ist das unseres Erachtens stossend. Neu sollen auch die eingetragene Partnerin bzw. der eingetragene Partner über einen Pflichtteilsanspruch verfügen. Auch in anderen Fällen, wo privatrechtliche Verträge nicht ausreichen, um die Partnerinnen oder Partner dieser Gemeinschaft genügend abzusichern – neben dem Erbrecht zum Beispiel auch im Sozialversicherungsrecht, im Ausländerrecht und im Haftungsrecht –, besteht das Bedürfnis nach gesetzlicher Regelung. Die beiden sollen daneben aber auch für den gebührenden Unterhalt ihrer Gemeinschaft gemeinsam sorgen und über die Wohnung gemeinsam verfügen können und müssen. Die Vertretung der Gemeinschaft gegen aussen, ihre (solidarische) Haftung für gemeinsam eingegangene Schulden usw. werden neu gesetzlich geregelt. Die beiden jeweiligen Partnerinnen oder Partner sollen sich gegenseitig auch Auskunft über Einkommen, Vermögen und Schulden geben müssen und bei Konflikten in ihrer

Beziehung ein Gericht anrufen können.

Während in den obgenannten Rechtsgebieten – Erbrecht, Sozialversicherungsrecht, berufliche Vorsorge, Steuerrecht – die gleichgeschlechtlichen Paare den Ehepaaren gleichgestellt werden, bleibt das Kantons- und Gemeindebürgerrecht unberührt. Besitzt eine der Partnerinnen oder einer der Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit, so kann die Einbürgerung nach fünf Wohnsjahren erfolgen, sofern die eingetragene Partnerschaft seit mindestens drei Jahren besteht.

### Keine Adoption möglich

Während die FDP-Fraktion dieser Regelung unter den Partnerinnen bzw. Partnern grossmehrheitlich zustimmen konnte, lehnte sie ebenso deutlich die Zulassung der eingetragenen Partnerschaft zur Adoption oder zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ab. Sie ist der Auffassung, dass dieses Instrument den gemischtgeschlechtlichen Ehen vorbehalten bleiben soll. Damit trägt sie der Intention des Zivilgesetzbuches Rechnung, welche versucht, möglichst jedem Kind auch rechtlich einen Vater und eine Mutter zuzuordnen und damit der Polarität der Geschlechter Rechnung zu tragen. Dieses Grundprinzip des Kinderrechts soll durch die eingetragene



Kurt Fluri

Partnerschaft nicht durchbrochen werden.

Als Freisinnige sind wir der Meinung, dass die Freiheit des Menschen im Wesentlichen darin besteht, dass sich jeder Mensch in seiner Persönlichkeit entfalten kann. Zu dieser Persönlichkeitsentfaltung gehört auch die Auswahl seiner Lebenspartnerin oder seines Lebenspartners. Wenn sich zwei gleichgeschlechtliche Menschen dazu entschliessen, inskünftig zusammen leben zu wollen, sollen sie nicht wegen ihrer sexuellen Orientierung von bestimmten rechtlichen Ausgestaltungen ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen bleiben. Wenn eine rein privatrecht-

liche Lösung mit Verträgen in bestimmten, dem öffentlichen Recht vorbehaltenen Rechtsgebieten nicht möglich ist, wird das beschlossene Partnerschaftsgesetz zur Notwendigkeit, wenn wir effektiv diese liberale Sicht der freien Entfaltungsmöglichkeit umsetzen wollen. Als Freisinnige unterstützen wir ein solches Gesetz als Zeichen einer toleranten und freiheitlichen Schweiz und in Anerkennung des Willens auch der gleichgeschlechtlichen Personen, ihre Partnerschaft und ihr Zusammenleben in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten. ■

## Hier geht's ums FDP-Präsidium und um Goldschätze

edler Zierstreifen an der Wand	war ein grosser Thurgauer Maier	auf ihnen lagern oft Ordner und Bücher	müssen abgebaut werden, sagt die FDP	schlossreicher Strom Frankreichs	Schnellstrasse zum Internet	2	brutaler Typ oder wildes Tier	hackt einer andern kaum ein Auge aus	FDP Vizepräsidentin aus d. Sonnenstube	limitiert oder mathemat. gekürzter Limes
↓	↓	↓	↓	Leanders Geliebte aus Abydos	5 Statue oder würdiger Gedenkstein	↓	↓	1	↓	↓
Goethe liess den jungen leiden	↓	FDP-Finderpräsident klauen z.B. Volksgold	↓	↓	↓	↓	↓	klebte auf Dachpappe und an Schuhen	3	↓
↓	↓	↓	↓	↓	erster Offiziersgrad kurzer Nachfolger	↓	kleinstes Kraftpaket klaut m. langen Fingern	↓	↓	↓
geben Saures wie HCl oder H <sub>2</sub> SO <sub>4</sub>	↓	↓	↓	↓	um gute ist die FDP kaum verlegen	4	↓	↓	↓	Georges, Nationalrat u. FDP-Präskandidat
lönt zwischen Violine und Kontrabass	↓	↓	↓	..... und Verantwortung, FDP-Schläger	↓	↓	↓	↓	↓	↓
herablassendes Wohlwollen	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	hier steht auch das Pestalozzi-Dorf	↓	↓
	die Biene in London der Grüne Heinrich	9	↓	↓	↓	↓	halbes Mundart-hühnchen	er war wohl in einer paradisi-schen FDP	↓	↓
FDP-Hüter der Bundesfinanzen	↓	↓	Schwarztreffer od. bei Wahlen ein Sitzgewinn	6	↓	↓	italienische Hafenstadt	↓	↓	↓
↓	↓	↓	Donar, der Gott aus dem Norden	↓	↓	↓	ideales Vorbild	↓	↓	15
gewürzt-gewärmtes Wintergetränk	8	englisches Furwörtchen	↓	Sprossentreppe, seltene Politikmirakel	↓	zeigt eher Winter- als politische Kälte	FDP Fraktionschef und Präskandidat	Alter von M. Calmy-Rey, jüngste Fliege	7	↓
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	frühe Form d. Weizens bohrt i. Reaktorreste	↓	↓	11
Steineggerts Kanton am Gotthardweg	Ludwig als franz. König oberitalienischer See	↓	↓	↓	oberste CH-Sport-Liga langer Strick	↓	↓	so nannte man einst die Kantone	↓	Brotgetreide des Fernen Ostens
↓	↓	völlig vokallose Emte eher Sommerdessert	↓	↓	Differenz zwischen Einnahmen u. Ausgaben	10	↓	↓	Vorsilbe drei und Dreifaches	↓
hat die FDP mit Bravour ad interim geleitet	South East in England logarithmus naturalis	↓	bestellen d. neue FDP-Präsidium CH-Mitglied	16	↓	↓	↓	↓	↓	↓
12	↓	↓	↓	↓	im Ruhestand oder Infrarot	↓		ein Strip ohne Anfang und Ende	↓	↓
Vordenker im FDP Vizepräsidium	14	↓	↓	man rutscht hier mehr als auf dem Politparkett	13	↓	↓	↓	↓	↓

**Gewinnen Sie eines der stillvollen FDP-Accessoires!**

**1. Preis**  
eine FDP-Konferenzmappe und ein FDP-Schirm für Sitzungen an Regentagen

**2. und 3. Preis**  
je nach Gewinner: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte

So machen Sie mit:  
Schreiben Sie bis zum 6. Februar 2005 eine Postkarte oder ein E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:

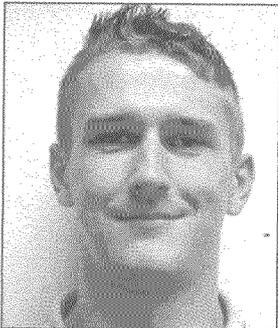
Generalsekretariat FDP  
«Freisinn-Rätsel»  
z. H. Nico Zila  
Postfach 6136  
3001 Bern  
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

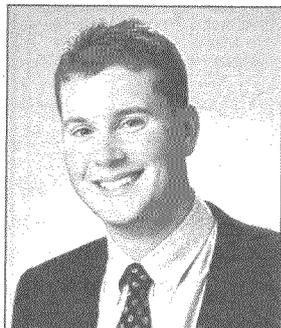
## Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----

## Wechsel in der «Freisinn»-Redaktion



Stefan Nobs



Nico Zila

Stefan Nobs hat seinen Einsatz in der Redaktion des «Schweizer Freisinn» per Ende 2004 wie geplant beendet. Die FDP Schweiz dankt Stefan Nobs für seine hervorragende Arbeit und wünscht ihm für seine weitere Tätigkeit im Sekretariat der FDP des Kantons Bern alles Gute.

Ab dieser Ausgabe betreut Nico Zila die Redaktion. Der 24-jährige Oltner studiert Politikwissenschaft an der Universität Bern und ist seit vier Jahren als Jungliberaler Mitglied des Oltner Stadtparlaments.

## Barockstadt Solothurn wartet



WEIHNACHTSSTERNE lautete das wie immer der aktuellen Zeit angepasste Lösungswort des Preisrätsels im Dezember-«Freisinn». 306 Leserinnen und Leser liessen uns ihre Lösungen zukommen. Aus den richtigen Einsendungen zog Glücksfee Petra Studer, Leiterin des Politischen Sekretariats der FDP Schweiz, die glücklichen Gewinner:

### 1. Preis: eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Krone\*\*\*\* in Solothurn inkl. Frühstücksbuffet

Herr Walter Felix Jungi, Kirchhalde 7, 9303 Wittenbach SG

### 2. Preis: ein FDP-Foulard

Frau Béatrice Kollbrunner, Allenwindenring 9, 6004 Luzern

### 3. Preis: eine FDP-Krawatte

Herr Hans von Rohr-Schenker, Mühlemattstrasse 4, 4622 Egerkingen SO

## Au revoir Christelle ... ... und bienvenue Nadia

Nach zweijähriger Tätigkeit hat Christelle Angéloz auf Ende 2004 das Generalsekretariat verlassen. Seit dem 17. Januar ist Nadia Renou aus Biel als Sekretärin neu für die FDP Schweiz tätig. Der «Schweizer Freisinn» wünscht ihr einen guten Start und viel Befriedigung in ihrer neuen Tätigkeit.

## Planen Sie ein Wochenende im Tessin!

Die ordentliche Delegiertenversammlung 2005 der FDP Schweiz findet in Mendrisio im Südtessin statt und dauert zwei Tage. Reservieren Sie sich das Wochenende vom 15./16. April frühzeitig und freuen Sie sich auf gute politische Diskussionen und hoffentlich wunderbares Frühlingswetter.

# FDP Schweiz International bleibt aktiv

Die vom Basler Nationalrat Johannes Randegger präsidierte FDP Schweiz International zählt mittlerweile bereits über 200 Mitglieder. Parteisekretärin Christina Grunder gab dem «Schweizer Freisinn» Auskunft über die aktuellen Geschehnisse.



Christina Grunder

«Freisinn»: Wie sind eigentlich die Mitglieder der FDP Schweiz International auf der Welt verstreut?

**Christina Grunder:** Die meisten haben ihren Wohnsitz in Europa. Darunter gibt es natürlich auch Freisinnige aus der Schweiz, die Sympathien für unsere Organisation haben. In den letzten Jahren hat interessanterweise der Zulauf von Schweizerinnen und Schweizern, die im südostasiatischen Raum leben, stark zugenommen.

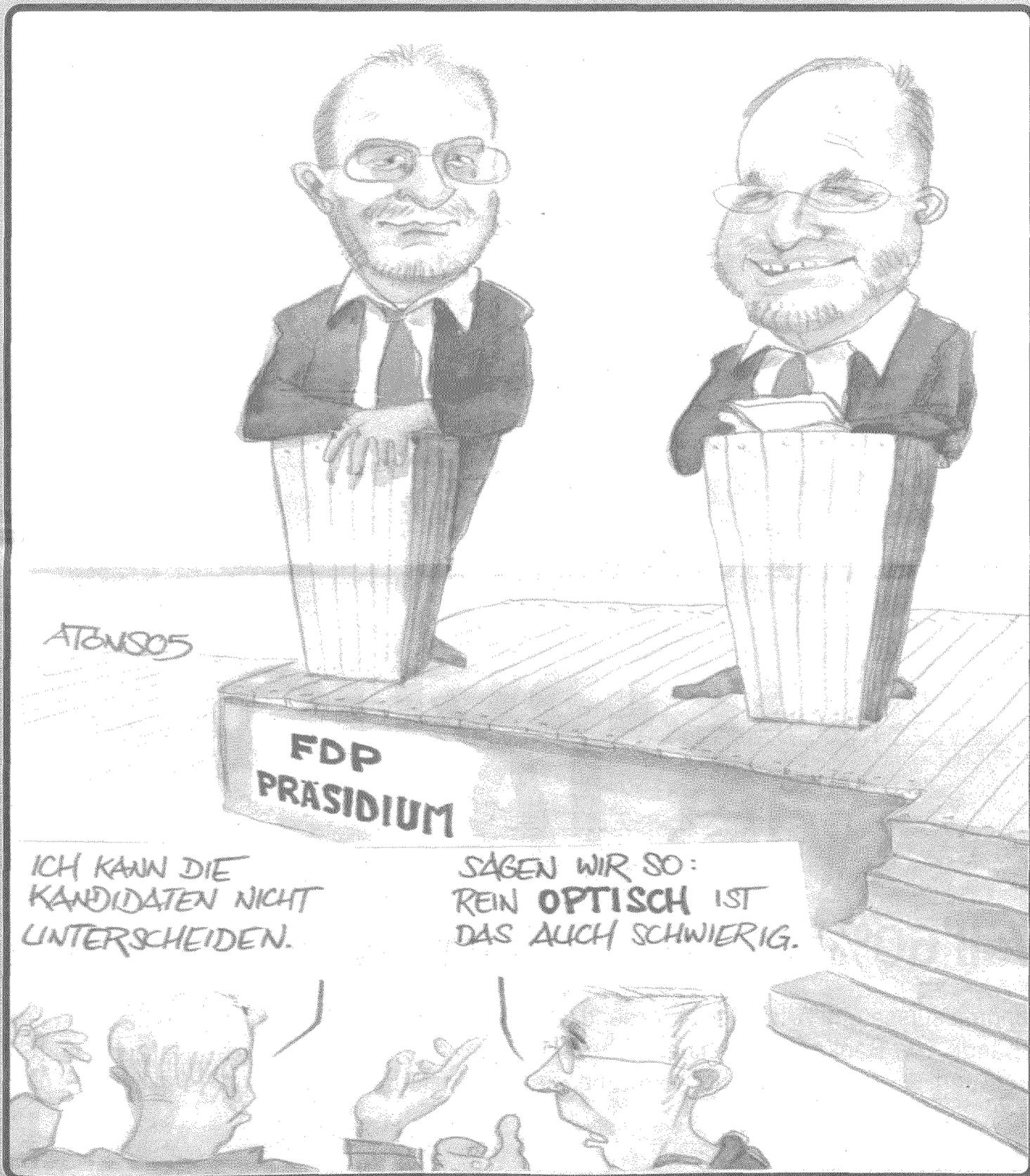
tuelle Themen informiert, wobei wir bewusst einen Schwerpunkt auf Gebiete wie die Europapolitik oder auf die Bürgerrechtsvorlagen legen. An der jährlichen Generalversammlung nutzen zudem viele die Möglichkeit, bestehende Kontakte aufzufrischen und neue zu knüpfen.

Was sind eure nächsten Pläne?

Ihr tretet in erster Linie mit der Verleihung des Auslandschweizerpreises öffentlich in Erscheinung. Was sind denn die Dienstleistungen, die ihr euren Mitgliedern anbietet?

Unsere Mitglieder bleiben dank der FDP Schweiz International mit der politischen Aktualität in ihrer Heimat verbunden. Durch die regelmässigen Newsletter bleiben sie über ak-

Die FDP Schweiz International wird in Kürze einen eigenen Webauftritt vorstellen können. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch stark dafür ein, dass «E-Voting» möglichst bald Realität wird – für Wählerinnen und Wähler in der Schweiz wie im Ausland natürlich. Nächster grosser Anlass ist die Übergabe des Auslandschweizerpreises am 17. März in Basel.



Karikatur Andreas Töns



# Die Wirtschaft sagt JA

**Weil 60% unserer Exporte in die EU gehen.**

economiesuisse und Arbeitgeberverband, kantonale Handelskammern sowie die Branchenverbände von Banken, Maschinen, Chemie, Pharma, Tourismus, Textil, Nahrungsmittel, Uhren und Versicherungen unterstützen die Bilateralen Abkommen.

## Bewährte Bilaterale

Personenverkehrs-Abkommen und Bilaterale II

